



VERBANDSBERICHT 2003

Verband der österreichischen Landes-Hypothekenbanken

HYPO
LANDESBANK

VERBANDSBERICHT 2003

PRÄSIDIUM

Direktor Dkfm. Dr. Jodok Simma
Direktor Dr. Wolfgang Kulterer
Generaldirektor Ing. Mag. Werner Schmitzer

Präsident
Vizepräsident
Vizepräsident

SEKRETARIAT

Generalsekretär Mag. Dietmar Rupa
Generalsekretär-Stellvertreter Dr. Christoph Hiesberger
Mag. Wolfgang Wild
Mag. Bernhard Freudenthaler

Geschäftsführer
stv. Geschäftsführer
Leiter Hypo-Bildung

(Stand: Mai 2004)

VERBAND DER ÖSTERREICHISCHEN LANDES-HYPOTHEKENBANKEN
Brucknerstraße 8, 1043 Wien, Tel. Nr. +43 (0)1/505 87 32-0, Telefax Nr. +43 (0)1/505 87 32-20,
verband@hypoverband.at; www.hypoverband.at



VERBANDSBERICHT 2003

ORDENTLICHE MITGLIEDER

EB und HYPO – BANK BURGENLAND Aktiengesellschaft	7001 Eisenstadt Neusiedler Straße 33 Telefon +43 (0) 2682/605 Serie Telefax +43 (0) 2682/605 209 www.bank-bgld.at	Vorstand: Generaldirektor KR Dr. Wolfgang Ulrich Vorsitzender des Vorstandes Direktor Mag. Gerold Stagl
HYPO ALPE-ADRIA- BANK AG	9010 Klagenfurt Alpen-Adria-Platz 1 Telefon +43 (0) 50202 Telefax +43 (0) 50202 3899 www.hypo-alpe-adria.com	Vorstand: Direktor Dr. Wolfgang Kulterer, Vorsitzender des Vorstandes Direktor Mag. Günter Striedinger Direktor Thomas Morgl
Niederösterreichische Landesbank-Hypothekenbank Aktiengesellschaft	3100 St. Pölten Kremser Gasse 20 Telefon +43 (0) 2742/4920 Telefax +43 (0) 2742/4920 1444 www.noehypo.at	Vorstand: Generaldirektor KR Ing. Mag. Werner Schmitzer, Vorsitzender des Vorstandes Direktor Dr. Günter Matuschka Direktor KR Dr. Wilhelm Miklas Direktor Dkfm. Herbert Höck
Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft	4010 Linz Landstraße 38 Telefon +43 (0) 732/7639 Telefax +43 (0) 732/7639 205 www.hypo.at	Vorstand: Generaldirektor Dr. Andreas Mitterlehner, Vorsitzender des Vorstandes Generaldirektor-Stv. Mag. Emil Lauß Vorstandsdirektor Mag. Dr. Reinhard Krausbar
SALZBURGER LANDES- HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT	5010 Salzburg Residenzplatz 7 Telefon +43 (0) 662/8046 Serie Telefax +43 (0) 662/8046 3004 www.hyposalzburg.at	Vorstand: Generaldirektor Dr. Reinhard Salhofer Vorsitzender des Vorstandes Generaldirektor-Stv. Mag. Dr. Günther Ramusch Vorstandsdirektor Dr. Clemens Werndl
Landes-Hypothekenbank Steiermark Aktiengesellschaft	8010 Graz Radetzkystraße 15 Telefon +43 (0) 316/8051 Telefax +43 (0) 316/8051 264 www.hypobank.at	Vorstand: Generaldirektor Dkfm. Alfred Goger Vorsitzender des Vorstandes Direktor Dr. Edwin Knoll, Vorsitzender-Stv. Direktor Dr. Ludwig Sik
HYPO TIROL BANK AG	6021 Innsbruck Meraner Straße 8 Telefon +43 (0) 50700 Telefax +43 (0) 50700 42150 www.hypotiro.com	Vorstand: Direktor Dr. Hannes Gruber Vorsitzender des Vorstandes Direktor Dr. Günter Unterleitner Vorsitzender-Stv. Direktor Werner Pfeifer
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft	6901 Bregenz Hypo-Passage 1 Telefon +43 (0) 5574/414 Telefax +43 (0) 5574/414 457 www.hypovbg.at	Vorstand: Direktor Dkfm. Dr. Jodok Simma, Vorsitzender des Vorstandes Direktor Mag. Dr. Johannes Hefel Direktor Dr. Michael Grahammer (ab 1.7.2004)

(Stand: Mai 2004)

VERBANDSBERICHT 2003

AUSSERORDENTLICHE MITGLIEDER

Österreichischer Gemeindebund	1010 Wien Löwelstraße 6 Telefon +43 (0) 1/5121480 Telefax +43 (0) 1/5121480 72	Vertreten in der Vollversammlung durch: Bürgermeister Helmut Mödlhammer, Präsident Hofrat Dr. Robert Hink, Generalsekretär
Österreichischer Städtebund	1082 Wien 8 Rathaus Telefon +43 (0) 1/4000 89985 Telefax +43 (0) 1/4000 9989980	Vertreten in der Vollversammlung durch: Obersenatsrat Dkfm. Dr. Erich Pramböck, Generalsekretär
Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands	D-10832 Berlin Lennéstraße 17 Telefon +49/30/8192 0 Telefax +49/30/8192 222	Vertreten in der Vollversammlung durch: Dr. Karl-Heinz Boos, Hauptgeschäftsführer
Bank Austria Creditanstalt AG	1030 Wien Vordere Zollamtsstraße 13 Telefon +43 (0) 50505-0 Telefax +43 (0) 50505-44890	Vertreten in der Vollversammlung durch: Mag. Alfred Simon

LÄNDERBEIRAT

MITGLIEDER	
Burgenland: Landesrat Helmut Bieler Generaldirektor KR Dr. Wolfgang Ulrich	Steiermark: Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder Generaldirektor Dkfm. Alfred Goger
Kärnten: Landeshauptmann-Stv. Ing. Karl Pfeifenberger Direktor Dr. Wolfgang Kulterer	Tirol: Landeshauptmann-Stv. Ferdinand Eberle Direktor Dr. Hannes Gruber
Niederösterreich: Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka Generaldirektor Ing. Mag. Werner Schmitzer	Vorarlberg: Landeshauptmann Dr. Herbert Sausgruber Direktor Dkfm. Dr. Jodok Simma
Oberösterreich: Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer Generaldirektor Dr. Andreas Mitterlehner	Verband: Generalsekretär Mag. Dietmar Rupar
Salzburg: Landeshauptmann-Stv. Dr. Othmar Raus Generaldirektor Dr. Reinhard Salhofer	

PFANDBRIEFSTELLE

Pfandbriefstelle der österreichischen Landes- Hypothekenbanken	1043 Wien Brucknerstraße 8 Telefon +43 (0) 1/5058732-0 Telefax +43 (0) 1/5058732-64	Vorstand: Mag. Dietmar Rupar geschäftsführender Direktor Dr. Christoph Hiesberger stv. geschäftsführender Direktor Dr. Hannes Leitgeb
--	--	--

(Stand: Mai 2004)

INHALT

WIRTSCHAFTSLAGE	5
Die österreichische Wirtschaft	5
Die österreichische Zahlungsbilanz	7
Geld und Kredit	8
Kapitalmarkt – Wiener Börse AG.....	14
DAS RECHTLICHE UMFELD	18
BWG-Novellen.....	18
Internationale Entwicklungen	21
EU-Themen	22
Steuern	24
GESCHÄFTSPOLITIK	26
Die Hypos im Jahr 2003	26
Geschäftsentwicklung	27
Strategische Partnerschaften	30
Gemeinsame Einrichtungen des Sektors	30
Internationale Kontakte.....	34
Geschäftsverlauf	35
Ausblick für 2004.....	37
GESCHÄFTSENTWICKLUNG	39
Aktivgeschäft	39
Passivgeschäft	42
MITARBEITER	47
Kollektivvertrag	47
Ausbildung	47
MITGLIEDSINSTITUTE	49

DIE ÖSTERREICHISCHE WIRTSCHAFT

Im ersten Halbjahr 2003 entwickelte sich die Konjunktur infolge der aus dem Irak-Konflikt resultierenden starken geopolitischen Spannungen und Unsicherheiten in Europa sehr verhalten. Erst im Sommer verbesserte sich das Vertrauen der Wirtschaftsakteure allmählich und es mehrten sich die Anzeichen, daß die Konjunktur an Fahrt gewinnt. Insgesamt lag das reale Wachstum des BIPs im Euro-Raum bei 0,4%. Auch in Österreich war das reale Wirtschaftswachstum mit +0,7% deutlich geringer ausgefallen als 2002 mit 1,4%. Getragen wurde das Wachstum von der inländischen Konjunktur, wobei der private Konsum verhalten stieg und die Investitionen der heimischen Unternehmen sich besser entwickelten. Dagegen verlangsamte sich die Exportdynamik bei gleichzeitig stärker wachsenden Importen.

Bauwirtschaft

Nach Berechnungen der Statistik Austria erwirtschafteten die Betriebe aus dem Bereich Bauwesen einen Produktionswert von rd. € 11 Mrd. (+10,5%), wobei sich diese positive Entwicklung nicht nur im Hochbau (+6,9%), sondern auch im Tiefbau (+11,6%) widerspiegelt. Mit einem Beschäftigungsstand von 165.687 Beschäftigten weist die Branche erstmals seit zwei Jahren eine positive Entwicklung gegenüber dem Vorjahr auf.

Auch der Wohnbau zeigte im Jahr 2003, nach sechs Jahren mit zum Teil sehr markanten Rückgängen, erstmals wieder ein Wachstum. Die verstärkte Zuwanderung löste einen Zusatzbedarf an geförderten Wohnungen aus, wobei der Druck auf die Länderhaushalte zu einer erkennbaren Zurückhaltung bei der Bewilligung von Wohnungsneubauten führte. Der Tiefpunkt mit rd. 42.000 fertiggestellten Wohnungen im Jahr 2002 scheint allerdings überwunden zu sein.

Tourismus

Der heimische Tourismus konnte durch Qualitäts- und Strukturverbesserung seine Wettbewerbsposition ausbauen und erzielte ein Umsatzplus von 3,7%. Trotz der internationalen Konjunkturschwäche und der Euro-Stärke behauptete sich der österreichische Tourismus im internationalen Vergleich somit gut und erzielte leichte Marktanteilsgewinne. Neben steigenden Ausgaben der Österreicher war auch ein Aufleben des internationalen Tourismus spürbar. Zu der gestiegenen Nachfrage von Gästen aus Italien, Frankreich, Großbritannien und der Schweiz gab es auch eine stärkere Nachfrage von Touristen aus den östlichen Nachbarländern.

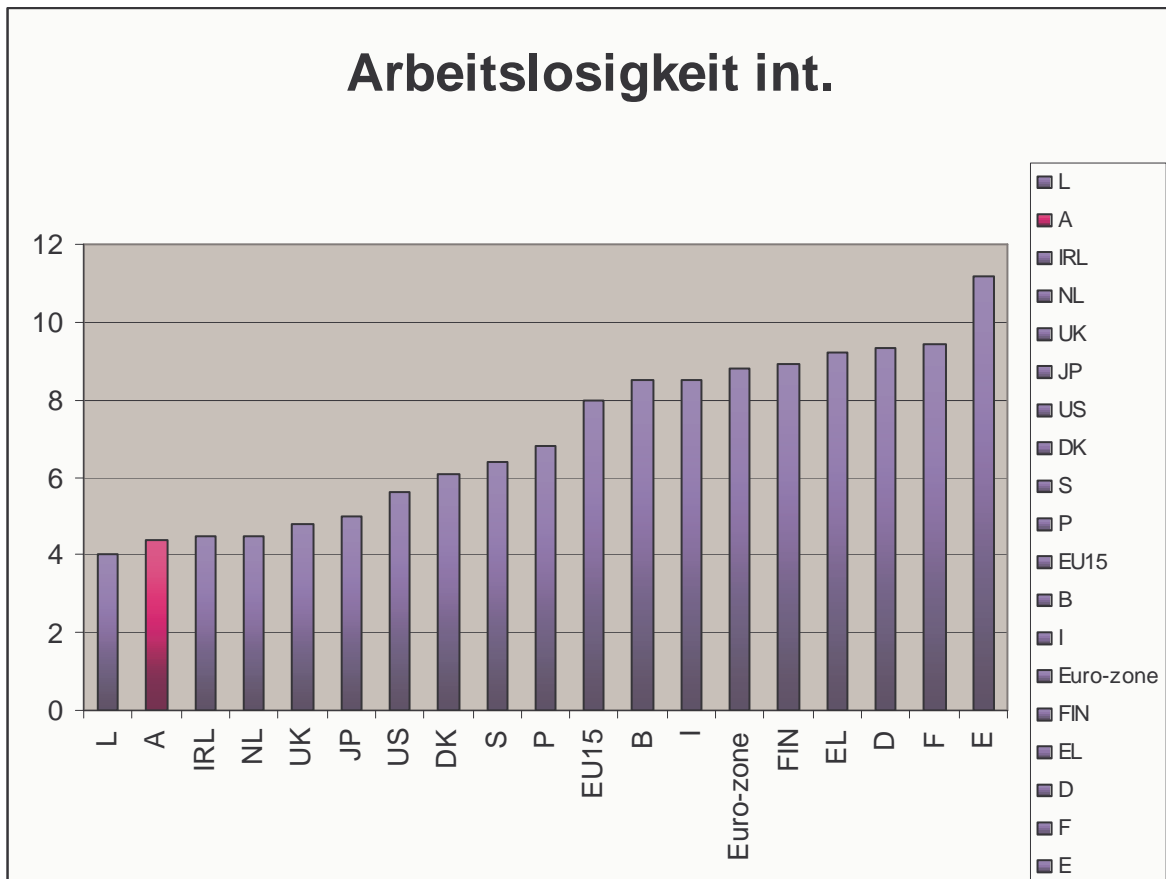
Inflationsrate

Die Konjunkturbelebung löst keine Beschleunigung der Inflation aus. Die Preisstabilität bleibt mit einer Inflationsrate von 1,3% im Jahr 2003 gewahrt. Preisdämpfend wirkten vor allem die moderate Lohnrunde und der starke Euro.

Österreich zählt damit weiterhin zu den preisstabilsten Ländern der Euro-Zone, deren jährliche Inflationsrate, gemessen am HVPI sich im Jahr 2003 auf 2,1% verringerte nach 2,3% im Jahr zuvor.

Arbeitslosenquote

Die schleppende Konjunkturerholung der letzten drei Jahre kam im kräftigen Anstieg der Zahl der Arbeitslosen am deutlichsten zum Vorschein. Trotz allmählicher Konjunkturerholung zeichnet sich keine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt ab. Die Zahl der Arbeitslosen lag im Jahr 2003 bei 240.000, das entspricht einer Arbeitslosenquote von 4,4% der Erwerbspersonen laut Eurostat.



Einkommen

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stieg mit +1,4% langsamer als im Jahr 2002 (+1,8%). Die Konsumausgaben der privaten Haushalte sind um 1,3% gestiegen, die Sparquote lag bei ca. 8,4%.

DIE ÖSTERREICHISCHE ZAHLUNGSBILANZ

Die österreichische **Leistungsbilanz** zeigt sich für das Jahr 2003 mit 0,9%-BIP-Defizit oder ca. € 2 Mrd. 'ausgeglichen'. Dieses Ergebnis leitet sich im wesentlichen aus der seit Sommer 2003 verzeichneten Tendenz zu steigenden Importen ab. Ausschlaggebend für die Drehung des Leistungsbilanzsaldos ist die Teilbilanz **Waren- und Dienstleistungszahlungen** (€ 2,48 Mrd.), die durch steigende Importzahlungen (+2%) und stagnierende Exporterlöse hervorgerufen wurde. Da die Warenimporte besonders im Bereich der Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2003 deutlich rascher als der Export (real +2%) wuchsen, hat sich der Saldo der Handelsbilanz verschlechtert. Mit € 2 Mrd. verzeichnete die Reiseverkehrsbilanz als wichtigste Komponente einen stabilen Überschuß.

Das Defizit der **Einkommensbilanz** in Höhe von ca. € 2,5 Mrd. war höher als im Vergleichszeitraum 2002 (ca. € 800 Mio.). Während de Einkommen aus Direktinvestitionen (ca. € -1,6 Mrd.) und aus Portfolioinvestitionen (€-3 Mrd.) Defizite aufwiesen, erzielten die Einkommen aus Sonstigem - insbesondere aus grenzüberschreitenden Krediten und Einlagen - einen Überschuß in der Höhe von € +1,5 Mrd.

Gestiegen ist auch das Defizit der **laufenden Transfers** mit -2,1 Mrd. Euro. Die Bilanz der Vermögensübertragungen wies mit € 100 Mio. ein deutlich geringeres Defizit auf als im Vergleichszeitraum.

Die **Kapitalbilanz** 2003 zeigte Nettokapitalzuflüsse im Bereich Portfolioinvestitionen und Nettokapitalabflüsse in den Teilbilanzen Direktinvestitionen, sonstige Investitionen und Finanzderivate.

Österreichs Direktinvestitionen im Ausland lagen im Jahr 2003 mit € 6,3 Mrd. über den Werten von 2002 (€ 5,58 Mrd.). Kontinuierlich höher war im gesamten Jahresverlauf das Investitionsvolumen ausländischer Direktinvestoren in Österreich, das zum Jahresende hin € 6 Mrd. betrug (gegenüber rd. € 1 Mrd. im Jahr 2002).

Die Gesamtheit grenzüberschreitender Portfolioinvestitionen drehte gegenüber dem Vorjahr von einem Nettokapitalexport (€ 4,3 Mrd.) in einen Nettokapitalimport in Höhe von € 5 Mrd. Mit einem Kapitalabfluß im Ausmaß von € 15,93 Mrd. waren Österreichs Wertpapierveranlagungen im Ausland im Berichtszeitraum deutlich rückläufig, wobei der Rückgang sowohl festverzinsliche Wertpapiere als auch Anteilscheine mit je 40% ihres Volumens gleichermaßen betraf.

Die stärkste Veränderung zeigte sich bei Geschäften mit Geldmarktpapieren: diese Titel wurden verkauft oder von den Emittenten getilgt (Kapitalzufluß von € 3,4 Mrd.), während dieses Veranlagungsinstrument im Vergleichszeitraum von inländischen Investoren verstärkt nachgefragt worden war (Kapitalabfluß von € 4,19 Mrd.). Im Gegensatz zur Veranlagungsseite erhöhte sich der Verkauf österreichischer Wertpapiere an ausländische Investoren geringfügig auf € 20,9 Mrd.

Die Teilbilanz der **sonstigen Investitionen** wies mit einem Kapitalexport von € 2,8 Mrd. ebenfalls eine Saldendrehung auf (Vergleichszeitraum: Kapitalimport von € 4,1 Mrd.).

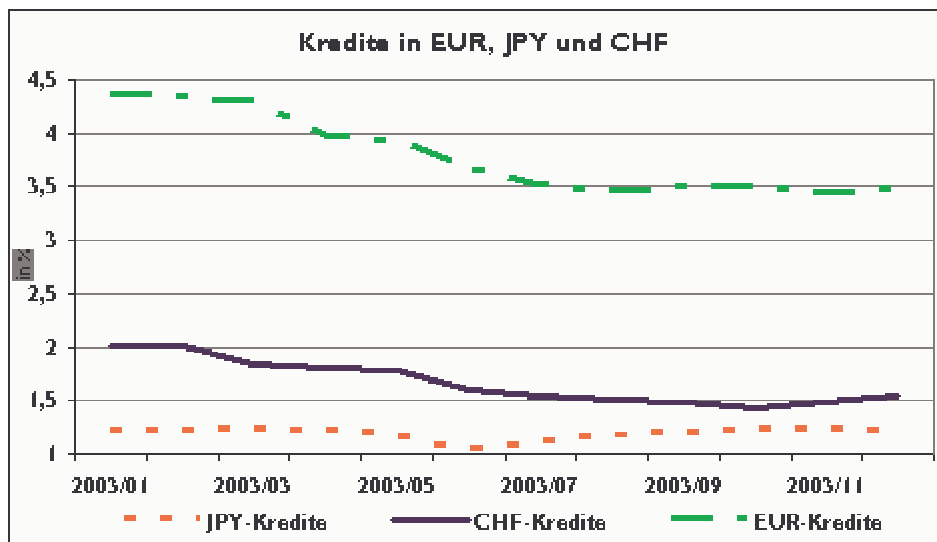
Die **offiziellen Währungsreserven** verringerten sich transaktionsbedingt um € 1,80 Mrd.

GELD UND KREDIT

Verzinsung

Kredite

Im ersten Halbjahr senkten Österreichs Banken die Kreditzinssätze in Folge der Leitzinssenkungen der EZB deutlich. Der Rückgang des EZB-Hauptrefinanzierungssatzes zwischen Jänner und Dezember (von 2,82% auf 2,01%) wurde voll weitergegeben. Über alle Laufzeiten gesehen reduzierte sich der kapitalgewichtete Durchschnittszinssatz aller Euro-Kredite im selben Zeitraum um 0,87%-Punkte von 4,36% auf 3,49%. Dabei profitierten von den Zinssatzsenkungen vor allem größere nichtfinanzielle Unternehmen. Unternehmen, die Kredite bis € 1 Million aufnahmen und die privaten Haushalte konnten die Senkungen weniger stark nutzen. Für Wohnbaukredite wurde im Dezember 2003 ein Durchschnittszinssatz von 4,27% (effektiv 4,55%) verrechnet, für Konsumkredite 5,16% (effektiv 5,92%).



WIRTSCHAFTSLAGE

Die Attraktivität des Fremdwährungskredites verringerte sich durch die Abnahme des durchschnittlichen Zinsvorteils gegenüber dem Euro-Kredit. Während der durchschnittliche Kreditzinssatz für Euro-Kredite mit 4,36% im Jänner 2003 noch 3,16 Prozentpunkte über dem JPY-Kreditzinssatz bzw. 2,34%-Punkte über dem CHF-Kreditzinssatz lag, betrug der durchschnittliche Zinsvorteil für JPY-Kredite im Dezember nur noch 2,28%-Punkte und jener für CHF-Kredite 1,94%-Punkte.

Ein Vergleich mit dem Euroraum zeigt, daß Österreichs Banken die Rückgänge der EZB-Leitzinssätze im Neugeschäft in deutlich stärkerem Ausmaß weitergegeben haben als im Durchschnitt des Euroraums.

Auch beim gesamten aushaftenden Kreditvolumen konnten Österreichs Kreditnehmer aufgrund des hohen Anteils an variabel oder nur kurzfristig fix vergebenen Zinssätzen 2003 in höherem Ausmaß von Leitzinssenkungen als der Durchschnittskunde im Euroraum profitieren.

Einlagen

Die Leitzinssenkungen wurden im Einlagenbereich von Österreichs Banken wettbewerbsbedingt nur abgeschwächt weitergegeben. Der Durchschnittszinssatz über alle neu vergebenen Geschäfte fiel zwischen Jänner und Dezember lediglich um 0,58%-Punkte auf 2,07%, wobei der Rückgang bei Einlagen von nichtfinanziellen Unternehmen (um 0,60% auf 2,04%) und Spareinlagen von privaten Haushalten (um 0,55% auf 2,22%) sehr ähnlich ausfiel. Dadurch verringerte sich die Spanne zwischen dem Durchschnittszinssatz der neu vergebenen EUR-Kredite und jenem der EUR-Einlagen im Kundengeschäft mit privaten Haushalten und nichtfinanziellen Unternehmen. Im Euroraum hingegen vergrößerte sich dieser Abstand.

Bilanzsumme

Im Gegensatz zum Vorjahr, in dem sich die Bilanzsummenentwicklung erstmals seit mehr als 20 Jahren für ein Gesamtjahr rückläufig präsentierte - und zwar um € 14,39 Mrd. oder 2,4% - konnte heuer wieder ein Wachstum in der Höhe von € 31,76 Mrd. bzw. 5,5% beobachtet werden.

Per Ende 2003 wiesen die in Österreich tätigen Kreditinstitute eine Bilanzsumme von € 605,11 Mrd. auf.

Aktivgeschäft

Die Kredite stiegen im Jahr 2003 um 1,6% auf ein Kreditvolumen von € 239,48 Mrd.

Das Kreditwachstum wurde von den Krediten in Euro getragen, und zwar um € 4,34 Mrd. In relativen Zahlen betrachtet stiegen die Ausleihungen in Euro um 2,3% gegenüber 0,4% oder ca. € 770 Mio. im Jahr 2002. Die Nachfrage nach Fremdwährungskrediten ließ nach, und zwar um 0,9%. Der Anteil der Fremdwährungskredite an allen vergebenen Krediten sank auf 18,4%.

Regional betrachtet lag der Anteil der Fremdwährungskredite am gesamten Kreditvolumen in Vorarlberg mit rund 45% am höchsten, gefolgt von Tirol mit rund 35%. In den restlichen Bundesländern schwankte der Fremdwährungsanteil innerhalb der Bandbreite 13,8% (Oberösterreich) bis 19,3% (Kärnten).

Nach Größenklassen gegliedert befanden sich zum Jahresultimo rund 72% aller Euro-Kredite im Bereich bis 10.000 Euro. Der durchschnittliche Eurokredit belief sich auf rd. 32.000 Euro. Die meisten Fremdwährungskredite befanden sich hingegen im Segment zwischen 50.000 und 100.000 EUR; im Durchschnitt lautete ein Fremdwährungskredit auf rund 136.000 Euro.

Ausleihungen wurden im Jahr 2003 vor allem in Schweizer Franken aufgenommen. Obwohl der Kurs des Schweizer Franken im Vergleich zum Euro um rund -7% gesunken ist, erhöhte sich 2003 der Anteil der CHF-Kredite am gesamten Kreditvolumen in Fremdwährung um beachtliche 43,1% auf 81,5% (Anteil Dez. 2002: 56,8%), wogegen sich der Anteil der JPY-Kredite um 67,9% drastisch reduzierte. Der Kurs zum Euro sank um rund 8%. Somit belief sich der Anteil der JPY-Kredite an den Fremdwährungskrediten nur mehr auf 12,1% nach 37,7% zum Jahresultimo des Vorjahres.

Mehr als die Hälfte aller Kredite wurden nach wie vor von Unternehmen in Anspruch genommen. Anders als im Jahr 2002 war hier nur ein geringer Rückgang in der Höhe von ca. € 250 Mio. bzw. 0,2% festzustellen (2002: € -2,50 Mrd. bzw. -1,9%). Der Fremdwährungsanteil lag bei 17,9% (2002: 19,2%). Die privaten Haushalte, auf die rund 29% des Kreditvolumens entfiel, nahmen 2003 hingegen um € 2,23 Mrd. oder +3,3% mehr Kredite auf. 2002 hatte der Anstieg € 4,31 Mrd. oder +6,9% betragen. Der Fremdwährungsanteil innerhalb der Kredite an private Haushalte belief sich auf 26,6% nach 25% im Vorjahr.

Die in den letzten Jahren stagnierenden Forderungen an den Staat (rund € 28 Mrd.) erhöhten sich im Jahr 2003 auf € 29,95 Mrd. Der Fremdwährungsanteil lag dabei traditionell niedrig und reduzierte sich weiter auf 4,1% (2002: 5%).

Passivgeschäft

Nach einem geringen Einlagenaufkommen der inländischen Nichtbanken im Jahr 2002 (€ +2,21 Mrd. bzw. +1,2%) erhöhte sich der Anstieg heuer auf € 9,20 Mrd. oder 4,8%. Zum Jahresultimo erreichten die Einlagen von inländischen Nichtbanken einen Stand von € 200,97 Mrd.

Das Wachstum der Sichteinlagen verdoppelte sich von 3,23 Mrd. EUR (+8,3%) im Jahr 2002 auf € 7,51 Mrd. (+17,8%). Der Stand der Sichteinlagen betrug dabei € 49,58 Mrd.

Die Spareinlagen erhöhten sich inklusive Zinsgutschriften von € 2,42 Mrd. im Berichtsjahr um € 4,50 Mrd. bzw. 3,5% und damit deutlicher als im Jahr zuvor (+1,8%).

Die Termineinlagen wiesen ein deutliches Minus von € 2,81 Mrd. bzw. 12,8% aus. Im Vorjahr war ihr Rückgang sogar noch markanter ausgefallen (€ -3,28 Mrd. oder -13%).

Der Großteil der Konten wies für 96% der Spareinlagen Beträge kleiner als € 20.000 aus. Lediglich 1100 Sparbücher verbuchten Beträge zwischen € 1 Mio und € 3 Mio. und 210 Sparbücher Beträge größer € 3 Mio.

Auslandsgeschäft

Das Auslandsgeschäft entwickelte sich im Berichtsjahr besonders aktivseitig expansiv: Die Auslandsforderungen nahmen um € 19 Mrd. oder 12,2% zu, die Auslandsverbindlichkeiten um € 14 Mrd. oder 8,4%. Bei den Auslandsforderungen stieg vor allem das Geschäftsvolumen mit ausländischen Kreditinstituten um € +12,15 Mrd. oder +16,2% deutlich an.

Auf der Passivseite erhöhten sich lediglich die ausländischen verbrieften Verbindlichkeiten, und zwar um € 10,18 Mrd. bzw. +16,9%. Im Jahr 2002 mußten noch Rückgänge der Auslandsforderungen (€ -1,12 Mrd.) bzw. -verbindlichkeiten (€ -7,97 Mrd.) verzeichnet werden.

Besondere außerbilanzmäßige Geschäfte

Auffällig ist das Wachstum in dieser Kategorie, das sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelte. So erreichte das Derivatgeschäft ein Volumen von € 2.174,11 Mrd., mithin mehr als das 3-fache der Gesamtbilanzsumme der österreichischen Kreditinstitute. Bereits im Jahr 2002 war ein überdurchschnittlicher Anstieg von € 278,91 Mrd. od. 25,1% zu verzeichnen gewesen, der nun abermals überstiegen werden konnte, und zwar mit € 785,32 Mrd. oder eben 56,6%. Der Großteil der Derivatgeschäfte entfiel dabei auf die Zinssatzverträge, die bereits 85% dieser Geschäfte ausmachen. Der Grund dafür findet sich in der steigenden Bedeutung der Zinsswaps zu Absicherungszwecken.

Eigenmittel

Die Eigenmittel beliefen sich zum Ultimo auf € 44,36 Mrd. und stiegen damit kräftig um € 2,8 Mrd. bzw. 6,7%.

Ertragslage

Die Ertragsentwicklung der in Österreich tätigen Kreditinstitute verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr. Im Jahr 2003 betrug das Betriebsergebnis der in Österreich tätigen Kreditinstitute € 4,41 Mrd. und lag um 4,5% doch deutlich über dem Wert der Vergleichsperiode 2002. Dabei konnten die Kreditinstitute ihre Betriebserträge erhöhen, und zwar um 1,1% auf € 13,87 Mrd., die Betriebsaufwendungen verringerten sich dagegen mit 0,4% auf € 9,47 Mrd. geringfügig. Daraus resultierend verbesserte sich die Cost-Income-Ratio gegenüber dem Jahr 2002 um einen Prozentpunkt und betrug 68,2%.

Der Nettozinsertrag betrug zum Stichtag € 7,06 Mrd. und lag mit 0,3% unter dem Wert der Vergleichsperiode 2002. Der Total Spread belief sich im Jahr 2003 auf 1,27% und reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig. Damit liegt er klar unter dem Durchschnitt der letzten 9 Jahre von 1,44%. Bei Zinssätzen für neu vergebene Kredite war ein deutlich stärkerer Rückgang als bei Zinssätzen für neu vergebene Einlagen zu bemerken.

Die Erträge aus dem Wertpapier- und Beteiligungsgeschäft beliefen sich auf € 1,72 Mrd. und lagen mit 2,9% unter dem Wert des Jahres 2002. Obwohl bei den Erträgen aus Aktien und Anteilsrechten und nicht-festverzinslichen Wertpapieren Anstiege erzielt wurden, mußte bei den Erträgen aus Beteiligungen ein deutlicher Rückgang hingenommen werden.

Der Saldo aus dem Provisionsgeschäft betrug € 3,19 Mrd. und lag mit 5,8% deutlich über dem Wert des Jahres 2002. Hierbei konnten in allen Ertragsbereichen Anstiege verzeichnet werden. Provisionserträge aus dem Wertpapiergeschäft, aber auch jene aus dem Kreditgeschäft und dem Dienstleistungsgeschäft konnten stark gesteigert werden.

Der positive Saldo aus Finanzgeschäften belief sich auf € 618 Mio. (+8,4%). Dabei ist die Entwicklung in den einzelnen Ertragssegmenten des Finanzgeschäftes sehr unterschiedlich ausgefallen. Während bei Geschäften in Wertpapieren, die nicht wie Finanzanlagen bewertet werden, ein markanter Anstieg zu vermerken war, mußte beim Saldo aus sonstigen Finanzgeschäften ein deutlicher Rückgang beobachtet werden. Der Saldo aus dem Devisen-, Sorten- und Edelmetallgeschäft blieb hingegen nahezu unverändert.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen verringerten sich im Jahr 2003 um 0,9% auf € 7,85 Mrd. Dabei reduzierten sich die Personalaufwendungen mit ebenfalls 0,9% auf einen Stand von € 4,74 Mrd. Die sonstigen Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand) gingen mit 1% auf € 3,11 Mrd. zurück. Die schwierige Ertragsituation im Jahr 2002 hat zu Kostensenkungsprogrammen geführt, die sich in den vorliegenden Zahlen widerspiegeln.

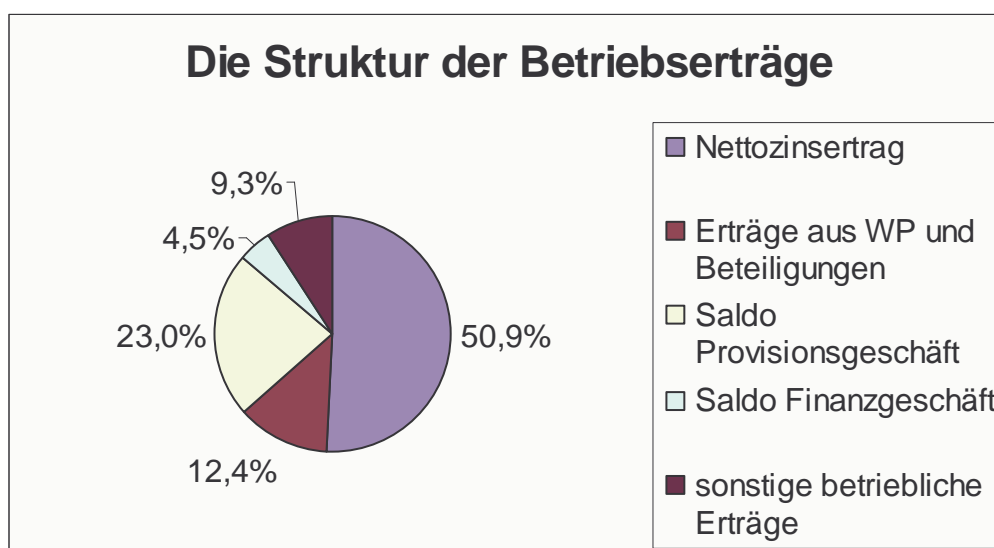
Der erwartete Wertberichtigungsbedarf im Kreditbereich wird mit rd. € 1,69 Mrd. um 21,9% unter dem Wert des Jahres 2002 liegen. Zwar sind die Wertberichtigungen zu Forderungen an Kunden gestiegen, allerdings reduzierten sich die bereits erfolgten Direktabschreibungen sowie die erwarteten Wertberichtigungen auf Wertpapiere. Weiters ist mit höheren Auflösungen von bereits getätigten Wertberichtigungen zu rechnen. Dabei sind die Forderungswertberichtigungen besonders im letzten Quartal stark angestiegen. Für das Jahr

WIRTSCHAFTSLAGE

2003 wird mit einem ertragswirksamen Saldo aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere und Beteiligungen in der Höhe von € 60 Mio. gerechnet.

Nach Einbeziehung der Risikokosten und Bewertungsmaßnahmen ergibt sich ein erwartetes Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von € 2,69 Mrd., welches mit 30,1% deutlich über dem erwarteten Wert des Jahres 2002 liegt. Für das Jahr 2003 wird ein a.o. Aufwand von ca. € 125,5 Mio. anfallen.

Die in Österreich tätigen Kreditinstitute erzielen einen unkonsolidierten Jahresüberschuß von € 2,15 Mrd. (+49,1%) und liegen damit deutlich über dem entsprechenden Vergleichswert des Jahres 2002. Dieser Anstieg ist jedoch insofern zu relativieren, als daß der erwartete Jahresüberschuß immer noch unter dem Durchschnitt der letzten drei Jahre liegt.



Quelle: OeNB

Die Eigenkapitalrentabilität (Return on Equity) betrug 7,2% und erhöhte sich gegenüber der Vergleichsperiode 2002 mit 1,9 Prozentpunkten merkbar. Die Gesamtkapitalrentabilität (return on assets) belief sich im Jahr 2003 auf 0,36% und konnte gegenüber dem Jahr 2002 um 0,11 Prozentpunkte gesteigert werden.

Kapitalmarkt – Wiener Börse AG 2003

Aufgrund der unsicheren politischen Lage, vor allem im Irak, war besonders der Beginn des Jahres von Kursverlusten geprägt. Nach Kriegsende setzte eine Erholungsphase ein, die bis zum Jahresende anhielt und auch von einer mehrmaligen Senkung der Leitzinsen begleitet war.

Mit einer Steigerung der Umsatzerlöse an der Wr. Börse von € +17,6 Mio. oder 12% konnte sich der Markt Wien gegen die internationalen Börsen behaupten. Der Kassamarkt wies Umsätze von € 20,6 Mrd. auf, das entsprach einem Anstieg von 51% gegenüber dem Vorjahr. Das Kontraktvolumen am Terminmarkt belief sich auf 1,39 Mio. Kontrakte und somit 5% mehr als 2002. Kostenseitig eingeleitete Sparmaßnahmen trugen zu einem EGT von € 2,3 Mio. bei.

Der ATX schloß mit einem Kursplus von 34,4%, der DAX mit +37%, der FT-SE 100 Index hingegen nur mit +14% und der CAC40-Index mit +16%.

Die Marktkapitalisierung erreichte mit € 44,8 Mrd. ein Plus von 39%. Neben fünf neuen Mitgliedern der Börse im Bereich der Wertpapierbanken war vor allem die Rückkehr der BA-CA das wichtigste Ereignis im Jahr 2003, die sogar europaweit eine der größten Neuemissionen insgesamt darstellte.

Daneben erschloß sich mit dem neu geschaffenen Zukunftsvorsorgeprodukt der Börse ein neues Marktsegment. Seit Jahresbeginn dürfen diese prämienbegünstigten Vorsorgeprodukte von Banken und Versicherungen angeboten werden und stellen eine Ergänzung neben der staatlichen und betrieblichen Pension dar. Neben einer lukrativen Prämie zwischen 8,5% und 13,5% genießt das Produkt während der Ansparphase Steuerfreiheit auf Prämien und Erträge der Veranlagung. Mit Jahresende konnte bereits ein Volumen von 232.000 Abschlüssen verzeichnet werden.

Am Anleihenmarkt konnte eine Rekordentwicklung bemerkt werden – 859 Neunotierungen im Ausmaß von € 41,9 Mrd., wobei mehr als 60% auf den Bereich der Staatsanleihen entfiel. 27% waren Bankenemissionen. Der Ausblick für die gesamte Börse für das Jahr 2004 ist als sehr positiv zu bezeichnen; so schloß beispielsweise der ATX das Jahr 2003 mit 1.073,3 Punkten und hielt Ende Februar 2004 bei 1.781 Punkten, einem Anstieg von 66%, während alle anderen Börsen deutlich verloren.

KAPITALMARKT

	2002	2003	Veränderung	
	in Millionen Euro			in %
A) Brutto-Emissionen des Rentenmarkts im Jahr 2003				
Bund	13.862	16.174	2.312	16,7
Sonstige Öffentliche Stellen	118	644	526	446,1
Sonstige inländische Nichtbanken	1.444	1.707	262	18,1
Summe inländische Nichtbanken	15.424	18.524	3.100	20,1
Summe Emissionen von Nichtbanken	16.007	18.524	2.516	15,7
Emissionen von Kreditinstituten				
Hypotheken- und Öffentliche Pfandbriefe Anleihen und andere	1.049	1.831	783	74,6
Bankschuldverschreibungen	17.424	15.517	-1.907	-10,9
Summe Emissionen von Kreditinstituten	18.473	17.348	-1.125	-6,1
Summe Emissionen insgesamt	34.480	35.872	1.392	4,0
B) Umlauf zum 31.12.2003				
Bund	103.084	107.782	4.698	4,6
Sonstige Öffentliche Stellen	2.302	2.557	255	11,1
Sonstige inländische Nichtbanken	6.493	7.034	540	8,3
Summe inländische Nichtbanken	111.879	117.372	5.493	4,9
Ausländ. Emittenten	889	372	-517	-58,2
Summe Emissionen von Nichtbanken	112.768	117.744	4.976	4,4
Emissionen von Kreditinstituten				
Hypotheken- und Öffentliche Pfandbriefe Anleihen und andere	10.007	9.700	-307	-3,1
Bankschuldverschreibungen	60.186	58.874	-1.312	-2,2
Summe Emissionen von Kreditinstituten	70.193	68.574	-1.619	-2,3
Summe Emissionen insgesamt	182.961	186.318	3.357	1,8

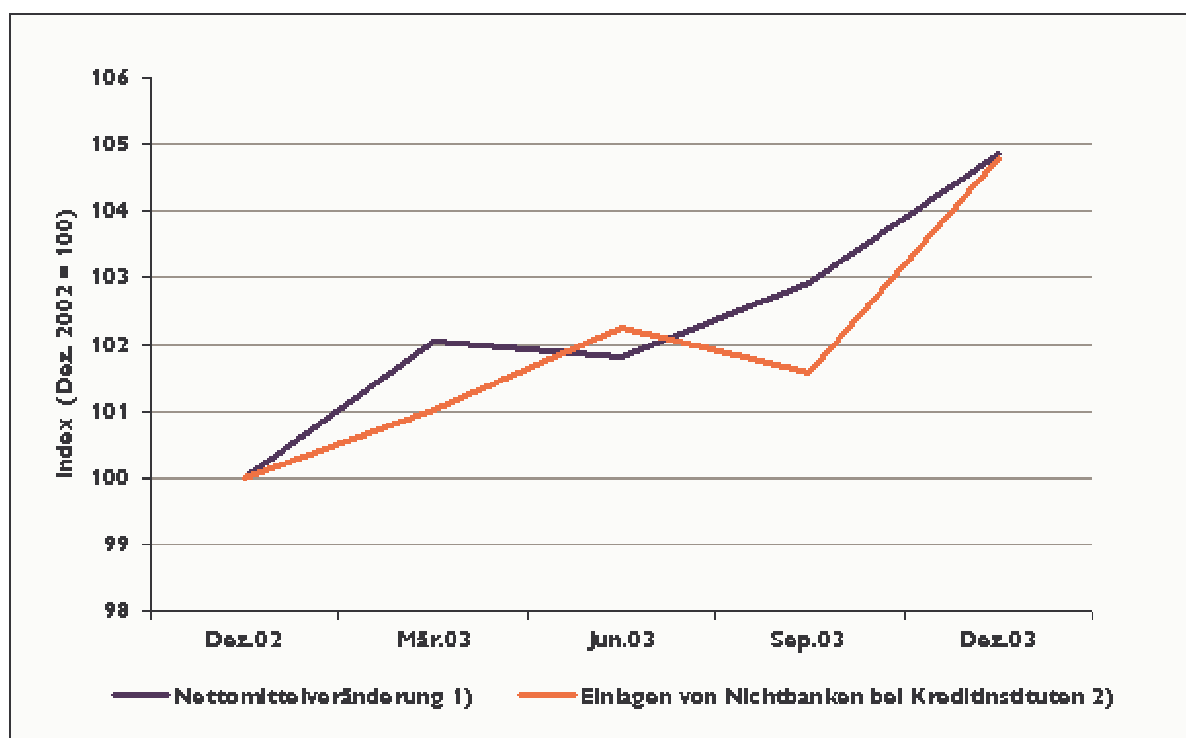
Quelle: OeNB

Investmentfonds

Im 4. Quartal 2003 vergrößerte sich die Anzahl der österreichischen Anbieter von Investmentfonds um zwei Gesellschaften: Die C-Quadrat KAG und die BA-CA Real Invest Immobilien-Kapitalanlage GmbH, die bereits einen Immobilienfonds auf Grundlage des am 1. September 2003 in Kraft getretenen Immobilien-Investmentfondsgesetzes aufgelegt hat.

Zum Berichtstermin verwalteten somit 24 österreichische Kapitalanlagegesellschaften mit 1.893 aufgelegten Investmentfonds einen Vermögensbestand (inkl. "Fonds in Fonds" - Veranlagungen) von € 111,0 Mrd. (Ende 2002: € 102,7Mrd.), somit um ca. € 7 Mrd. oder 7,8% mehr als im Vorjahr.

Der Nettomittelzufluß betrug dabei € 4,36 Mrd. (2002: € 10,64 Mrd.), Kursgewinne in der Höhe von € 5,89 Mrd. (2002: € -4,28 Mrd.) vermindert um Ausschüttungen von € 3,19 Mrd. (2002: € 3,10 Mrd.) ließen das vom Publikum und institutionellen Investoren in inländischen Investmentfonds investierte Kapital (veranlagtes Volumen unter Ausklammerung der "Fonds in Fonds" – Veranlagungen) wieder wachsen. Damit belief sich das in inländischen Investmentfonds veranlagte Kapital per Ende Dezember 2003 auf € 97,1 Mrd.



- 1) Entwicklung der Nettomittelveränderung auf Basis des Vermögensbestandes der Investmentfonds per Dez. 2002 bereinigt um Veranlagungen in inländischen Investmentzertifikaten
 2) Entwicklung der Sicht-, Termin- und Spareinlagen von Nichtbanken bei Kreditinstituten auf Basis des Vermögensbestandes per Dez. 2002 inklusive Spareinlagenzinsen

Quelle: OeNB

WIRTSCHAFTSLAGE

Dabei wurde in Publikumsfonds wie auch in Spezialfonds nur in bescheidenem Umfang investiert. Gerade im letzten Jahr war aber die Kategorie der Spezialfonds, und damit die institutionellen Investoren maßgeblich an der Ausweitung des Fondsgeschäfts beteiligt.

Im Vergleich zu den Primäreinlagen war 2002 noch eine wesentlich stärkere Präferenz zugunsten Investmentfonds zu beobachten gewesen. Dieser Trend drehte jedoch 2003, und die Neuveranlagungen in Investmentfonds und der Anstieg an Primäreinlagen waren mit jeweils rund +4,8% praktisch gleich hoch.

Von Dezember 2002 bis Ende Dezember 2003 ergab sich eine kapitalgewichtete durchschnittliche Gesamtperformance aller österreichischen Investmentfonds (Publikumsfonds und Spezialfonds) von 5,5%. Dabei verzeichneten Aktienfonds eine positive Performance von 12,3% und Mischfonds ein Plus von 6,5%. Rentenfonds wiesen einen Kursgewinn von 3,4% auf. Geldmarktfonds (gemäß EZB-Definition) zeigten eine positive Performance von 2,5%.

Der Vermögenszuwachs im Berichtsjahr 2003 wurde nahezu zur Gänze von Veranlagungen in ausländische Titel getragen. So verzeichneten die ausländischen Rentenwerte einen Anstieg von € 5,75 Mrd. (+13,3%), während die inländischen Rentenwerte um € 3,11 Mrd. oder -13,8% abnahmen. Auch bei Aktien- und Beteiligungspapieren war die Zunahme der ausländischen Werte mit € 2,06 Mrd. weit höher als der Anstieg der inländischen Werte (€ 220 Mio.). Damit entfallen nur rd. € 1 Mrd. (0,9%) auf Veranlagungen in österreichische Aktien und Beteiligungspapiere.

Besonders zu erwähnen ist, daß im vierten Quartal 2003 sehr vorsichtig agiert wurde und beim Vermögenszuwachs der Aufbau von Bankguthaben (€ 1,53 Mrd.) dominierte. Bestände an Aktien und Beteiligungspapieren konnten trotz guter Börsesituation nur um € 650 Mio. zunehmen.

Hinsichtlich der Struktur des veranlagten Kapitals dominierten mit einem Anteil von 70,4% (€ 68,39 Mrd.) die Rentenwerte, gefolgt von den Aktien und Beteiligungspapieren mit 17,2% (€ 16,72 Mrd.), den sonstigen Vermögensanlagen mit 7,5% (€ 7,25 Mrd.) und den Investmentzertifikaten mit 4,9% (€ 4,75 Mrd.).

Per Ende Dezember 2003 wurden in den Ländern der Währungsunion (exkl. Österreich) € 45,53 Mrd. (46,9%), im Inland € 27,40 Mrd. (28,2%) und in Ländern der übrigen Welt € 24,21 Mrd. (24,9%) veranlagt.

Das Verhältnis Inlands- zu Auslandsveranlagungen betrug per Dezember 2003 28,2% zu 71,8% (Dezember 2002: 32,2% zu 67,8%).

BWG UND BANKRECHT

BWG-Novellen

Im Zusammenhang mit dem verstärkten Kampf der internationalen Staatengemeinschaft gegen Geldwäsche und Terrorismus-Finanzierung waren im Hinblick auf die Änderung der EU-Geldwäscherichtlinie entsprechende Anpassungen des BWG erforderlich. Aus Sicht der Kreditwirtschaft war dabei wichtig, die Bestimmungen zur Kundenidentifizierung praxisgerecht auszugestalten. Die Bestimmung der FATF Sonderempfehlung Nr. VII über die Auftraggeberinformation im Überweisungsverkehr wird bis zur Schaffung EU-einheitlicher Regelungen für den einheitlichen Zahlungsverkehrsraum aufgeschoben.

Ein weiterer Novellierungsentwurf reagiert auf ein Urteil des OGH, wonach auch Fehler des Bankprüfers von der Amtshaftung des Bundes umfaßt sind. Im Entwurf wird nun die Funktion des Abschlußprüfers von Tätigkeiten, die für die Aufsicht erfolgen, klar getrennt. Weiters wird der verfassungsrechtliche Grundsatz, daß der Bund alleiniger Rechtsträger der Amtshaftung für durch die FMA verursachte Schäden ist, anerkannt, jedoch eine betraglich begrenzte Regreß- und Versicherungspflicht der FMA vorgesehen. Im Ergebnis würden die Beaufsichtigten über den Umweg von Versicherungsprämien die Kosten für allfällige Fehler der Aufsicht zu tragen haben.

Aus Sicht des Hypo-Sektors stellt die international einmalige Einzelversicherungspflicht für den Bankprüfer eine grobe Benachteiligung dar. Bei dezentralen Sektoren wird dagegen eine Versicherung im Rahmen des Prüfungsverbandes als ausreichend angesehen.

Novelle Pfandbriefgesetz-Hypothekendarbankgesetz

Dem Finanzministerium wurde im Herbst 2003 ein Vorschlag für die Novellierung des Pfandbrief- und des Hypothekendarbankgesetzes übermittelt. Mit dem Novellierungsvorschlag soll die dringend erforderliche Anpassung an die in den letzten Jahren in vielen europäischen Ländern erfolgte Weiterentwicklung des Pfandbriefrechts nachvollzogen werden. Hierbei hat neuerlich Deutschland eine Vorreiterrolle übernommen, wo im April 2004 eine weitere Novelle des Pfandbriefrechts in Kraft getreten ist.

Ziel der Novelle ist auch für den österreichischen Pfandbrief eine Verbesserung der Pfandbriefqualität und damit ein entsprechendes Rating. Im Hinblick auf die zunehmende Bedeutung von gedeckten Emissionen wird vom Hypo-Sektor eine rasche Umsetzung des vorgelegten Novellierungsvorschlages gefordert.

Im einzelnen werden folgende Ziele verfolgt: Die konkursrechtlichen Bestimmungen sollen dahingehend verbessert werden, daß einerseits keine Fälligkeit der Pfandbriefe eintritt, andererseits die zur Pfandbriefdeckung dienenden Werte nicht in die Konkursmasse fallen. Die Deckungswerte sollen so verwaltet werden, daß die Pfandbriefe zu den jeweiligen Fälligkeitsterminen weiter bedient werden können. Weiters wird die Einbeziehung von Derivatgeschäften in den Deckungsstock, die Neuregelung der Aufrechnung gegen Deckungsstockwerte sowie die Einführung einer sichernden Überdeckung vorgeschlagen.

Richtlinie für die Vergabe und Gestionierung von Fremdwährungskrediten und Krediten mit Tilgungsträgern

Von der FMA wurden im Herbst 2003 Mindeststandards für die Vergabe und Gestionierung von Fremdwährungskrediten vorgelegt, welche eine Konkretisierung der Sorgfaltspflichten nach § 39 BWG darstellen. Seitens der Kreditwirtschaft wurde in der Diskussion eine unbürokratische Lösung sowie die Berücksichtigung der in den Instituten bestehenden Risikomanagementsysteme gefordert.

Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft

Die FMA hat angekündigt, so wie in Deutschland Mindestanforderungen für das Kreditgeschäft zu definieren. Seitens der österreichischen Kreditwirtschaft wird in diesem Zusammenhang eine ausreichende Berücksichtigung der österreichischen Kreditinstitutsstrukturen sowie ein ausreichender Übergangszeitraum gefordert. Weiters wurde darauf hingewiesen, daß die geforderte Funktionstrennung in Markt und Marktfolge nicht zu einem Abgehen von der Gesamtverantwortung des Vorstandes führen darf.

Strafprozeßreform

Im Februar 2004 wurde ein Strafprozeßreformgesetz beschlossen, welches im Jahr 2008 in Kraft treten wird. Mit dem Gesetz werden auch die strafprozessualen Bedingungen für die Durchbrechung des Bankgeheimnisses neu geregelt, wobei bei den neuen Bestimmungen über die Auskunft über Bankkonten und Bankgeschäfte der Rechtsschutz im Zusammenhang mit dem Bankgeheimnis auch weiterhin verankert werden konnte. So ist bei behördlichen Forderungen nach Auskunft über Bankkonten und Bankgeschäfte weiterhin eine gerichtliche Bewilligung erforderlich. Diese gerichtliche Anordnung und Bewilligung muß auch auf die Tatsachen, aus denen sich die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit der Anordnung ergibt, eingehen.

Investmentfondsgesetz

Durch eine Novelle des Investmentfondsgesetzes wurde der sog. "Europäische Paß" für Kapitalanlagegesellschaften umgesetzt sowie erweiterte und flexiblere Möglichkeiten der Veranlagung in das österreichische Recht übernommen.

Immobilieninvestmentfondsgesetz

Am 1.9.2003 ist nach mehrjährigen Verhandlungen das Immobilieninvestmentfondsgesetz in Kraft getreten. Mit dem neuen Gesetz soll auch für Kleinanleger die Möglichkeit einer sicheren Veranlagung im Immobilienbereich geschaffen werden. Dabei soll durch die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen die besondere Sicherheit und Transparenz für den Anteilsinhaber sowie eine entsprechende Risikostreuung sichergestellt werden. Das Immobilienfondsgeschäft wurde daher als Bankgeschäft ausgestaltet und unterliegt der Aufsicht durch die FMA. Das Immobilienfondsgeschäft darf nur durch eigene Kapitalanlagegesellschaften für Immobilien ausgeübt werden, eine Vermischung mit anderen Geschäftszweigen ist nicht zulässig. In steuerlicher Hinsicht sollen durch die Gleichstellung

von Immobilienerträgen mit Kapitalerträgen Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Kapitalveranlagungen beseitigt werden.

Eigenkapitalersatzgesetz

Im Herbst 2003 wurde ein neues Eigenkapitalersatzgesetz (EKEG) beschlossen, welches am 1.1.2004 in Kraft getreten ist. Das Gesetz regelt die Ansprüche eines Gesellschafters, der der Gesellschaft in der Krise Kredite gewährt hat. Aus Sicht der Kreditwirtschaft ist die gegenüber der bisherigen Judikatur verbesserte Rechtssicherheit als positiv zu werten.

Im Konkursfall werden eigenkapitalersetzende Gesellschafterdarlehen nachrangig behandelt, d.h. sie werden erst nach den Forderungen der Konkursgläubiger befriedigt. Dem Gesellschafter ist somit die Geltendmachung der eigenkapitalersetzenden Forderung während der Dauer der Krise, d.h. bis zur Sanierung der Gesellschaft, verwehrt (Rückzahlungssperre). Nach dem EKEG befindet sich eine Gesellschaft dann in der Krise, wenn sie zahlungsunfähig oder überschuldet ist oder die Kennzahlen des URG vorliegen. Im Gegensatz zur bisherigen Rechtsprechung wird der Adressatenkreis auf bestimmte beherrschende Gesellschafter beschränkt.

Insolvenzen

Die Insolvenzstatistik für das Jahr 2003 zeigt gegenüber dem Vorjahr einen stärkeren Anstieg der Gesamtinsolvenzen um 6,9% auf 5.643 Verfahren, dem allerdings ein Rückgang der Insolvenzverbindlichkeiten von € 3,4 Mrd. im Vorjahr auf € 2,4 Mrd. gegenübersteht. Im einzelnen stieg die Zahl der eröffneten Insolvenzen um 3,2% auf 2.957 Verfahren, die mangels Masse abgewiesenen Konkursanträge stiegen um 11,1% auf 2.686 Fälle. Der Rückgang der Insolvenzpassiva um fast 30% ist auf die geringere Anzahl an Großinsolvenzen im Jahr 2003 zurückzuführen.

Die Anzahl der eröffneten Privatkonkurse stieg um 16,7% auf 3.773 Verfahren. 685 Verfahren (+ 28,8%) wurden mangels Masse abgewiesen. Nach einem Rückgang im Vorjahr kam es neuerlich zu einem Anstieg der Insolvenzverbindlichkeiten um + 24,8% auf € 579 Mio. Der sog. "Privatkonkurs" (Schuldenregulierungsverfahren) wurde vor zehn Jahren, am 1.1.1994, eingeführt, und anfänglich von ehemaligen Selbständigen stark in Anspruch genommen. Der weitere Anstieg bei den Privatkonkursen ist unter anderem auf eine Novelle zur Konkursordnung zurückzuführen, die auch Personen, die zum Zeitpunkt des Konkurseröffnungsantrages über kein regelmäßiges Einkommen verfügen, den Zugang zum Verfahren ermöglicht. Die Gesamtzahl der Unternehmens- und Privatinsolvenzen überstieg im Jahr 2003 erstmals die Zahl von 10.000. Die durchschnittlichen Insolvenzpassiva verringerten sich auf ca. € 300.000,--, womit der niedrigste Wert seit 1991 erreicht wurde. Bei den Unternehmensinsolvenzen sind die durchschnittlichen Insolvenzpassiva auf € 432.000,-- gesunken, bei den Privatkonkursen liegt dieser Wert bei € 130.000,--.

Insgesamt wird damit gerechnet, daß sich die leichte Erholung der Wirtschaft erst mit einer Verzögerung von ca. sechs bis neun Monaten auf die Insolvenzstatistik auswirken wird. Für das Jahr 2004 ist somit mit keiner wesentlichen Entspannung zu rechnen.

INTERNATIONALE ENTWICKLUNGEN

Basler und Brüsseler Eigenmittel-Konsultationspapiere

Der Basler Ausschuß für Bankenaufsicht hat im Jahr 2003 die Arbeiten zur Neufassung der Basler Eigenmittelveeinbarung (Basel II) fortgesetzt. Nachdem im Mai 2003 das dritte Basler Konsultationspapier veröffentlicht wurde, folgte im Juli ein weiteres EU-Konsultationspapier. Das Basler Papier wurde Anfang Mai 2004 beschlossen und soll im Juni 2004 veröffentlicht werden. Ein Richtlinienvorschlag der EU-Kommission ist bis Mitte 2004 zu erwarten. Die neuen Regelungen sollen Anfang 2007 in Kraft treten.

Aus Sicht der Kreditwirtschaft bestehen nach wie vor folgende Problembereiche:

Im Durchschnitt sollte es zu keinen höheren Eigenkapitalverpflichtungen und damit Kostenerhöhungen für Kreditinstitute kommen. Auf Grund der hohen Komplexität der neuen Eigenkapitalregelungen ist mit hohen Implementierungskosten in der Kreditwirtschaft zu rechnen, die vor allem kleinere und mittlere Banken überdurchschnittlich belasten. Derzeit wird mit Einführungskosten in Höhe der EUR-Einführung gerechnet. Von der Kreditwirtschaft wird daher gefordert, daß den Instituten angemessene Möglichkeiten für die teilweise Nutzung interner Ratingverfahren (Partial Use) eingeräumt wird, um ihnen einen Anreiz für das Hineinwachsen in komplexe bankaufsichtliche Verfahren zu geben. Insbesondere muß sichergestellt werden, daß Forderungen an Banken und Staaten dauerhaft von der Anwendung des internen Ratingansatzes ausgenommen werden. Vermehrte Anstrengungen müssen noch an den Tag gelegt werden, um insgesamt eine Reduktion der Systemkosten durch entschlackte Mindestanforderungen bei den verschiedenen Ansätzen zu erreichen.

Nachdem im Herbst 2003 vom Basler Ausschuß beschlossen wurde, dass nur mehr unerwartete Verluste mit Eigenkapital zu unterlegen sind, konnte im Mai 2004 in weiteren wichtigen Punkten Übereinkunft erzielt werden, sodaß Basel II wie geplant Ende Juni 2004 verabschiedet wird. Der Implementierungszeitpunkt Ende 2006 bleibt daher aufrecht, nur für die fortgeschrittensten Ansätze zur Berechnung der Eigenkapitalunterlegung für Kreditrisiken und operationelle Risiken wurde der Umsetzungszeitpunkt auf Ende 2007 verschoben.

Wegen des gespaltenen Inkrafttretens soll die maximal mögliche Eigenkapitalentlastung für Banken im IRB-Basisansatz von 10% auf 5% reduziert werden, was angesichts der bedeutenden Systemkosten von der Kreditwirtschaft zurückgewiesen wird. Die genauen Auswirkungen der Einigungen müssen nochmals im Rahmen einer international durchgeführten Auswirkungsstudie (QIS 4) auf ihre Wettbewerbsrelevanz überprüft werden.

EU-THEMEN

Überarbeitung der Verbraucherkreditrichtlinie

Der von der Europäischen Kommission im September 2002 vorgelegte Vorschlag zur Überarbeitung der Verbraucherkreditrichtlinie stieß auf weitgehende Ablehnung seitens der Kreditwirtschaft. U.a. sollen Sonderbestimmungen für Überziehungskredite geschaffen werden sowie vom Ansatz der Maximalharmonisierung zugunsten einer Mindestharmonisierung abgegangen werden.

In der Folge wurden vom Rechtsausschuß des Europäischen Parlaments zahlreiche Änderungsanträge vorgelegt. Ein Großteil dieser Abänderungsanträge wurde Ende März 2004 vom Europäischen Parlament angenommen.

Seitens der WKÖ wurden in einem Kurzgutachten die Auswirkungen des Entwurfs auf Konsumenten und Kreditinstitute in Österreich untersucht. Demnach würde sich die Kosten-Ertragsrelation des Verbraucherkreditgeschäftes wesentlich erhöhen. Ein Großteil der entstehenden Belastungen würde aus der Einbeziehung von Überziehungskrediten, den erweiterten Offenlegungsvorschriften sowie durch Einschränkungen beim Vertrieb entstehen.

EU-Wertpapierregelungen

Im Jahr 2003 wurde die EU-Prospekt-Richtlinie, mit der ein einheitlicher europäischer Prospekt geschaffen werden soll, verabschiedet. Die bisherigen Erleichterungen für Daueremissionen bei der Befreiung von der Prospektpflicht konnten nicht aufrechterhalten werden. Nach der derzeitigen Rechtslage muß ein Prospekt nicht veröffentlicht werden, wenn die angebotenen Wertpapiere Schuldverschreibungen sind, die dauernd von Kreditinstituten ausgegeben werden. In der jetzt in Kraft getretenen EU-Prospektrichtlinie ist für nationale Daueremissionen nur noch eine Übergangsfrist von 5 Jahren ab Inkrafttreten der Richtlinie sowie eine Ausnahme von der Prospektpflicht für Daueremissionen mit einem maximalen Volumen von € 50 Mio. je Emittent, berechnet auf einen Zeitraum von 12 Monaten, vorgesehen. Einzelne Regelungsbereiche der Richtlinie werden im Rahmen des Komitologieverfahrens näher zu konkretisieren sein.

Bei der Diskussion über den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Überarbeitung der Wertpapierdienstleistungs-Richtlinie wurde vor allem die weitere Zulässigkeit von execution only-Geschäften, die in Hinkunft auf bestimmte Arten von Wertpapieren beschränkt werden sollen, gefordert. Die Richtlinie wird voraussichtlich noch vor dem Sommer 2004 verabschiedet werden.

Aktionsplan Finanzdienstleistungen (FSAP)

Im Jahr 1999 hat die Europäische Kommission den Aktionsplan Finanzdienstleistungen aufgelegt, um noch bestehende Lücken im Binnenmarkt zu schließen. Bis 2005 sollten zu diesem Zweck 42 EU-Richtlinienvorschläge verabschiedet werden. Nachdem mittlerweile ein

Großteil dieser Vorhaben bereits umgesetzt wurde, hat die Kommission Ende Oktober 2003 vier Expertengruppen eingesetzt, die aus Marktteilnehmern der Bereiche Banken, Versicherungen, Wertpapiere und Wertpapierhandel sowie Asset Management bestehen. Die Kommission hat einen abschließenden Bericht für Herbst 2004 angekündigt, wobei sich ein weiteres Maßnahmenpaket im Sinne eines FSAP II abzeichnet.

EU-Harmonisierung des Hypothekarkredites

Die weitere Harmonisierung des europäischen Rechtsrahmens für die Vergabe von Hypothekarkrediten ist nach Auffassung der EU-Kommission ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem einheitlichen europäischen Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen. Anfang 2003 hat die Kommission die Forumgruppe „Hypothekarkredit“ eingesetzt, der 23 Experten aus 12 EU-Mitgliedsstaaten angehören. Bis Sommer 2004 soll die Forumgruppe die derzeit bestehende Situation analysieren und der Kommission Vorschläge unterbreiten für eine stärkere Integration der Hypothekarmärkte. Unseres Erachtens verkennt die EU-Kommission, daß das Hypothekengeschäft ein lokales bzw. regionales Geschäft ist und auch in Zukunft bleiben wird. Diesbezügliche Umfragen ergeben, daß die überwiegende Mehrheit der Verbraucher nicht daran denkt, bei der Finanzierung der wichtigsten Anschaffung in ihrem Erwerbsleben, dem Wohnraum, auf Finanzdienstleistungsprodukte aus einem anderen EU-Mitgliedsstaat zurückzugreifen. Dabei spielt neben dem persönlichen Kontakt naturgemäß auch die Sprache eine entscheidende Rolle. Eine Harmonisierung des Hypothekarkredits würde daher nicht zu einer Zunahme des grenzüberschreitenden Geschäftes führen und ist abzulehnen.

Ausweitung des Lamfalussy-Konzepts auf die Kreditwirtschaft

Nachdem das Lamfalussy-Verfahren mit seiner Ausschußstruktur bisher im Wertpapierbereich zu einer Beschleunigung der Gesetzgebung geführt hat, hat die Kommission im November 2003 ein Maßnahmenpaket sowie einen Richtlinienvorschlag für die Ausweitung des Verfahrens auf den gesamten Bereich der Finanzdienstleistungen einschließlich des Banken- und Versicherungssektors, der betrieblichen Altersvorsorge sowie Investmentfonds vorgelegt. Im weiteren Gesetzgebungsverfahren wird das EU-Parlament versuchen, seine Mitgestaltungsrechte im Rahmen des Lamfalussy-Prozesses zu erweitern, insbesondere wird daran gedacht, eine Rückrufklausel vorzusehen.

International Accounting Standards (IAS)

Die Europäische Kommission hat festgelegt, daß alle kapitalmarktorientierten Unternehmen grundsätzlich ab 2005 nach IAS zu bilanzieren haben. Das International Accounting Standards Board (IASB) hat 15 überarbeitete Fassungen von diesbezüglichen Standards veröffentlicht. Diese Standards sind sehr stark von den US-amerikanischen Rechnungslegungsstandards geprägt und gehen auf die Belange der europäischen Unternehmen nicht wirklich ein. Ursächlich dafür scheint die Organisationsstruktur des ISAB zu sein, die als Mitglieder nur natürliche Personen akzeptiert. Es ist nicht nachvollziehbar, daß die Europäische Union, die sich für die IAS-Einführung ausgesprochen hat, nicht im Board vertreten ist. Die Europäische

Kommission sollte daher eine neue Zusammensetzung der IAS-Gremien ehestmöglich durchsetzen.

STEUERN

EU-Richtlinie zur Besteuerung von Zinserträgen

Die EU-Finanzminister einigten sich am 3.6.2003 auf eine harmonisierte Zinsbesteuerung ausländischer Kapitalerträge. Demnach werden 11 EU-Staaten ab dem 1.1.2005 ein automatisches Informationssystem über alle Zinseinkünfte von Gebietsfremden einführen. Die restlichen EU-Staaten, nämlich Österreich, Luxemburg und Belgien, werden ab diesem Zeitpunkt eine Quellensteuer in der Höhe von zunächst 15% einheben, die ab 2008 auf 20% und ab 2011 auf 35% angehoben werden soll. 75% dieser Quellensteuern werden an die Heimatländer der Kontoinhaber weitergeleitet.

Die Richtlinie verpflichtet Mitgliedstaaten, bis Ende Jänner 2004 die entsprechenden nationalen Umsetzungsvorschriften zu verabschieden. Dementsprechend wurde am 25.3.2004 das EU-Quellensteuergesetz, mit dem die Zinsbesteuerungsrichtlinie 2003/48/EG umgesetzt wird, beschlossen. Voraussetzung für das Inkrafttreten dieses Gesetzes ist allerdings die Bereitschaft europäischer Drittstaaten (Schweiz, Liechtenstein, San Marino, Monaco und Andorra) und der abhängigen und assoziierten Gebiete zur Vornahme gleichwertiger Maßnahmen. Der Rat hat bis zum 30.6.2004 festzustellen, ob diese Staaten gleichwertige Maßnahmen setzen und ob somit die Richtlinie ab 1.1.2005 in Kraft treten wird.

Das EU-Quellensteuergesetz regelt den Anwendungsbereich der EU-Quellensteuer (grenzüberschreitende Zinszahlung), die von der EU-Quellensteuer umfaßten Zinszahlungen, die Bemessungsgrundlage sowie das Verfahren zur Abfuhr und Weiterleitung an den jeweiligen Wohnsitzstaat des wirtschaftlichen Eigentümers.

WEITERE STEUERN

Steuerreform 2004/2005

Die Steuerreform 2004/2005 gliedert sich in zwei Etappen, wobei die erste Etappe ab 1.1.2004 ein Entlastungsvolumen von rd. € 500 Mio. bringt. Die zweite Etappe bringt per 2005 eine Steuerentlastung in der Höhe von rd. € 2,53 Mrd., wobei auf den Bereich Einkommen- und Lohnsteuer insgesamt rd. € 1,1 Mrd. entfallen. Zur Förderung des Wirtschafts- und Arbeitsstandortes Österreich im Hinblick auf die EU-Osterweiterung wurde die Körperschaftsteuer auf 25% abgesenkt und anstelle der bisherigen Organschaftsregelung eine international attraktive Gruppenbesteuerung eingeführt. Der begründeten Forderung der Kreditwirtschaft nach Abschaffung der in der EU einzigartigen Kreditvertragsgebühr wurde entgegen getätigter Ankündigung nicht nachgekommen. Diese Gebühr in der Höhe von 0,8 bzw. 1,5 Prozent vom Kreditbetrag wirkt investitionshemmend und wettbewerbsverzerrend. Sie benachteiligt vor allem Klein- und Mittelbetriebe, die bei ihrer Finanzierung weitgehend auf Bankkredite angewiesen sind. Es ist daher zu fordern, daß diese Gebühren jedenfalls mit Inkrafttreten der neuen Basler Eigenmittelbestimmungen wegfallen.

DAS RECHTLICHE UMFELD

Die Kreditwirtschaft wünscht sich auch, daß die im Vergleich zu Deutschland mit 1,2% zu hohe Grundbuchseintragungsgebühr reduziert wird, da im Zusammenhang mit den Basler Regelungen auch den grundbücherlichen Sicherheiten eine besondere Bedeutung zukommt.

DIE HYPOS IM JAHR 2003

In dem mit Schreiben der Europäischen Kommission, Generaldirektion Wettbewerb, vom 2.4.2002 eingeleiteten beihilfenrechtlichen Verfahren im Zusammenhang mit den bestehenden Ausfallhaftungen von Gebietskörperschaften für die Landes-Hypothekenbanken wurde durch eine Verständigung zwischen der EU-Kommission und der Republik Österreich am 1.4.2003 Übereinstimmung erzielt. In der gegenständlichen Einigung mit der Europäischen Kommission hat sich die Republik Österreich zur Abschaffung der öffentlichen Haftungen mit folgenden Übergangsfristen verpflichtet:

Verbindlichkeiten, die am 2.4.2003 bestehen, fallen unabhängig von ihrer Laufzeit unter die bestehende Haftungsregelung. Diese Verbindlichkeiten fallen daher bis zum Ende ihrer Laufzeit unter das „grandfathering“. Verbindlichkeiten, die innerhalb der vierjährigen Übergangsfrist, somit bis 1.4.2007 begründet werden, fallen weiterhin unter die bestehende Haftungsregelung, falls ihre Laufzeit nicht über den 30.9.2017 hinausgeht.

Aufgrund dieser Verständigung hat sich Österreich gegenüber der Europäischen Kommission weiters verpflichtet, die entsprechenden Gesetze spätestens bis zum 30.9.2004 anzupassen. Neben den entsprechenden Landesgesetzen ist daher auch die im Rahmen eines Bundesgesetzes stehende Satzung der Pfandbriefstelle bis zu diesem Datum anzupassen. Am 26.3.2004 wurde vom Nationalrat ein neues Pfandbriefstelle-Gesetz beschlossen, in dem die entsprechenden Übergangsregelungen umgesetzt wurden und welches die bestehende, im Gesetzesrang stehende Satzung aus dem Jahr 1939 ersetzen wird. Auch bei den Landesgesetzen ist davon auszugehen, daß trotz einiger Neuwahlen und damit einhergehender Veränderungen in den Landtagen alle Beschlüsse termingerecht gefaßt und in Brüssel notifiziert werden.

Die deutschen Landesbanken stehen durch den Wegfall der Anstaltslast und der Gewährträgerhaftung vor einem tiefgreifenden Strukturwandel. Ihr Geschäftsmodell war bisher das „Whole Sale Business“, wobei sie als Zentralbanken der Sparkassen den Liquiditätsausgleich bzw. den bargeldlosen Zahlungsverkehr der angeschlossenen Institute übernommen haben und darüber hinaus als Hausbanken der Länder fungiert haben. Im Gegensatz dazu haben die Hypos als regionale Universalbanken sowohl ihre Eigentümerstruktur als auch ihr Geschäftsmodell den wirtschaftlichen Erfordernissen angepaßt. Auch die Rating-Agentur Standard & Poor's hat in ihrem im Mai erschienenen Bericht über die hinkünftige Bonität der Hypos diese Auffassung vertreten, wobei sie ausführte, daß die Ratings ab 2007 aller Voraussicht nach unter AA sein werden. Die Hypos befinden sich damit sowohl auf nationaler Ebene (Bank Austria, ERSTE Bank und RZB) als auch im europäischen Kontext (Commerzbank, Dresdner Bank, Bayr. Hypo- und Vereinsbank etc.) in sehr guter Gesellschaft.

Als kundennahe Regionalbanken, die seit vielen Jahren das Universalbankprinzip in einer stark vom Wettbewerb beherrschten Bankenlandschaft leben, haben die Hypos aufgrund ihrer schlanken Kostenstruktur und ihrer Expertise im langfristigen Finanzierungsgeschäft spezifische Wettbewerbsvorteile, welche den Wegfall der Landeshaftung kompensieren werden.

Gemeinsam mit der ERSTE Bank und der Bank Austria Creditanstalt wurde vor geraumer Zeit eine Initiative gestartet, das österreichische Hypothekenbank- und Pfandbriefgesetz den Erfordernissen der Zeit anzupassen und die österreichische Rechtslage zu novellieren.

Primär soll durch die gegenständliche Novelle die Stellung des Pfandbriefgläubigers im Insolvenzfall weiter gestärkt werden bzw. sollen Anforderungen, welche aus dem Kreis der renommierten Rating-Agenturen kommen, eingearbeitet werden. Die Hypos, ihre Bankpartner und die Bundesländer gehen aufgrund ihrer konstruktiven Mitarbeit bei der Beendigung des beihilfenrechtlichen Verfahrens gegenüber der Republik Österreich davon aus, daß die Novelle des Hypothekenbank- und Pfandbriefgesetzes termingerecht über die Bühne gehen wird, da ein modernes Pfandbriefgesetz als wesentliches Vehikel zur kostengünstigen Refinanzierung des Hypo-Sektors nach dem Wegfall der Landeshaftung zu betrachten ist.

GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Die Geschäftsentwicklung des Sektors kann in Anbetracht der bereits dreijährigen flauen Wirtschaftsentwicklung als sehr zufriedenstellend betrachtet werden. Die starke Serviceorientierung und das konsequente Nutzen von Markt- und Ertragschancen in den definierten Wirtschaftsräumen sind ursächlich für die guten Ergebnisse.

Die Hypo Alpe-Adria-Bank AG ist ein internationaler Finanzkonzern mit rd. 200 Standorten in Österreich, Italien, Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Republik Srpska, Serbien, Montenegro und Liechtenstein, wobei im Jahr 2003 noch Deutschland hinzukam. Der Konzern bewegt sich auf einem Markt mit mehr als 62 Mio. Menschen und betreut mit 3.500 Mitarbeitern rd. 640.000 Kunden. Die Bilanzsumme konnte im Berichtsjahr um 29% auf € 12,7 Mrd. und die Betriebserträge um 26% auf € 49,6 Mio. gesteigert werden. Die Hypo Alpe-Adria-Gruppe verfügt über ein Aa2 Rating von Moody's und wurde im Juli 2003 von Standard & Poor's mit AA geratet. Im Jahr 2004 wird die Austöchterung des Österreich-Geschäftes vorgenommen, wobei neue Filialstandorte in Salzburg und Linz eröffnet werden. Darüber hinaus werden Länderzentralen in Zagreb und Laibach sowie ein neuer Bank- und Leasingstandort in München eröffnet. Die Hypo Alpe-Adria wird sich im laufenden Geschäftsjahr auf die Konsolidierung ihres Marktgebietes sowie auf Tourismusprojekte im Alpe-Adria-Raum konzentrieren.

Die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG (AAA Rating von Standard & Poor's und Aaa von Moody's) setzte 2003 auf qualitatives Wachstum und erhöhte die Bilanzsumme um 3% auf € 6,87 Mrd. Die Ausleihungen sind trotz Währungsschwankungen um 3,8% auf € 4,88 Mrd. gestiegen. Die Zweigstelle in St. Gallen in der Ost-Schweiz hat sich in den letzten Jahren als Finanzierungs- und Veranlagungspartner voll etabliert und erhöhte das Ausleihungsvolumen auf rd. CHF 319,0 Mio., das Depotvolumen um 25% und die Bilanzsumme auf CHF 360,9 Mio. Die Hypo Investment Bank (Liechtenstein) AG konnte die Bilanzsumme um 5% auf CHF 229,9 Mio. erhöhen und steigerte den Bruttogewinn auf CHF 2,8 Mio. Die Hypo Vorarlberg verbesserte das Betriebsergebnis um 5,4% auf € 57,4 Mio. und das EGT um 75,9% auf € 28,9 Mio. Die Cost-Income-Ratio betrug im Berichtsjahr 47,36%, was wohl einen absoluten Spitzenwert in der österreichischen Bankenlandschaft darstellt.

Die Hypo SüdLeasing GmbH eröffnete 2003 eine neue Geschäftsstelle in Graz und ist nun neben dem Stammsitz in Dornbirn mit Linz, Wien und jetzt Graz an allen wichtigen Wirtschaftsschauplätzen Österreichs vertreten.

Die Hypo Vorarlberg möchte 2004 ihre erfolgreiche Marktposition als Unternehmer-, Wohnbau- und Veranlagungsbank mit Fokus auf hohe Beratungsqualität in allen 25 österreichischen Filialen sowie im angrenzenden Ausland vertiefen. Über das neu gegründete Osteuropa-Desk in der Filiale Wien wird die Hypo Vorarlberg ihre Dienstleistungen selektiv auch Kunden aus den EU-Beitrittsländern anbieten.

Die **HYPO TIROL BANK AG** (AAA Rating von Standard & Poor's) verstärkte ihre Präsenz in Südtirol durch die Eröffnung des Beratungszentrums in Bruneck und die Fertigstellung des Hypo-Centers in Bozen. Süddeutschland wurde als strategischer Markt definiert, wobei eine Partnerschaft mit der Merkur Bank in München eingegangen wurde. In Österreich wurde der Neubau der Zweigstelle Imst gestartet sowie die Positionierung am Wiener Markt durch eine Zweigstelle in der Südstadt verstärkt. Die gemeinsam mit den Mitarbeitern entwickelte Unternehmensstrategie hat das Ziel, die Hypo Tirol mit Qualität und Innovation zum unverwechselbaren Finanzpartner Nummer 1 zwischen München, Verona und Wien zu positionieren. Die Bilanzsumme konnte um 12,3% auf € 7,85 Mrd. erhöht werden, und das Betriebsergebnis verbesserte sich um 14,5% auf € 631 Mio. Für das Geschäftsjahr 2004 werden die weitere Strategieumsetzung, die Stärkung der Verkaufskraft, das Kundenbeziehungsmanagement sowie der weitere Ausbau der Gesamtrisikosteuerung im Mittelpunkt stehen.

Das Geschäftsjahr 2003 der **Oberösterreichischen Landesbank AG** (AAA Rating von Standard & Poor's) wurde vom tragischen Tod des Generaldirektors Dr. Wolfgang Langbauer überschattet. Angesichts dieses Schicksalsschlages ist es beeindruckend, daß die Hypo OÖ im Jahr 2003 das beste Betriebsergebnis ihrer 112-jährigen Firmengeschichte erzielt hat. Die 1999 vollzogene strategische Fokussierung auf die Zielgruppen, Privatkunden, Ärzte und Freie Berufe, Wohnbau, kirchliche und soziale Einrichtungen sowie Öffentliche Institutionen hat sich als richtig und erfolgreich erwiesen. Die Bilanzsumme konnte um rd. 8,8% auf € 5,1 Mrd. gesteigert werden, wobei sich die Forderungen an Kunden um 5,6% auf rd. € 3,45 Mrd. erhöht haben. Das EGT wurde um 8,2% auf € 21,7 Mrd. verbessert. Das Geschäftsjahr 2004 steht ganz im Zeichen der Vertriebsorientierung, wobei das Vertriebsnetz kräftig ausgebaut wird. Neben einer Verlegung der Filiale in den ersten Bezirk in Wien werden im Laufe des Jahres Filialen im Landeskrankenhaus Vöcklabruck, in der Solar City in Pichling und im neuen Landesdienstleistungszentrum in Linz ihren Betrieb aufnehmen.

Im Jahr 2003 wurde die Privatisierung der **Salzburger Landes-Hypothekbank AG** durch den Verkauf von weiteren Anteilen durch das Land Salzburg vollzogen, wobei die Salzburger Landes-Holding noch 10% plus 1 Aktie der Anteile hält. Neben der konsequenten Fortsetzung der 2001 eingeleiteten strategischen Neuausrichtung war der Abschluß des umfangreichen Investitionsprojektes zur Modernisierung der Geschäftsstellen ein Schwerpunkt. Insgesamt konnte die Bilanzsumme um 4,8% auf rd. € 3,27 Mrd. gesteigert werden. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden konnten erstmals über die Milliarden-Grenze

GESCHÄFTSPOLITIK

(€ 1,007 Mrd.) gesteigert werden. Auf der Ausleihungsseite stiegen die Ausleihungen an Kunden um rd. 4% auf € 2,049 Mrd. Das Betriebsergebnis wurde um 3% erhöht und das EGT konnte mehr als verdreifacht werden und beträgt € 59 Mio. Neben der EDV-Migration der Systeme der Hypo Salzburg wird im Jahr 2004 die weitere Forcierung des Dienstleistungsgeschäftes, die Optimierung der Geschäftsprozesse sowie eine Kostenoptimierung angestrebt.

Die Landes-Hypothekenbank Steiermark AG (AA Rating von Standard & Poor's) verzeichnete im Jahr 2003 das beste Geschäftsjahr seit der Gründung des Unternehmens. Die Bilanzsumme wurde um 16,5% auf rd. € 4,7 Mrd. ausgeweitet. Das gute Rating war ausschlaggebend für eine intensive Emissionstätigkeit auf nationalen und internationalen Märkten, was zu einer Erhöhung der verbrieften Verbindlichkeiten um € 485 Mio. geführt hat. Der Anteil der Emissionen beträgt über 80% der gesamten Fremdmittel. Das Betriebsergebnis erhöhte sich um 9,6% auf € 32,9 Mio. und das EGT stieg auf € 18,1 Mio. Im Oktober 2003 wurde nach fast dreijähriger Vorbereitungszeit die EDV erfolgreich auf ein neues System umgestellt. 2004 wird die Strategie „zukunft.hypo“ konsequent fortgesetzt. Neben der Forcierung der gehobenen Privatkunden wird vor allem die Stärkung des Vertriebes und die Modernisierung der Geschäftsstellen vorangetrieben.

Der Konzern der Niederösterreichischen Landesbank-Hypothekenbank AG (AA+ von Standard & Poor's) konnte seine Bilanzsumme um 7,8% auf € 5,2 Mrd. steigern, wobei die Spareinlagen inkl. NÖ Hypo-Sparcard um 9,1% auf € 678,6 Mio. zunahm. Wie in den Jahren zuvor wurde auch die Emissionstätigkeit ausgeweitet, so erhöhten sich die verbrieften Verbindlichkeiten um 8,6% auf rd. € 3 Mrd. Das NÖ Hypo-Service-Netz wurde um zwei neue Geschäftsstellen in Klosterneuburg und Melk erweitert. Die NÖ Landesbank konnte aber auch im Kreditgeschäft erfolgreich reüssieren. So konnten die Forderungen an Kunden um 4,2% auf rd. € 3,6 Mrd. gesteigert werden. Überdurchschnittliches Wachstum gelang in den Segmenten Großwohnbau, Retail sowie Land und Gemeinden. Das Betriebsergebnis erhöhte sich um 21,7% auf rd. € 32,4 Mio. und das EGT wurde um 36,8% auf rd. € 25,8 Mio. gesteigert. 2004 wird neben der umfassenden Betreuung des Landes Niederösterreich und der NÖ Gemeinden auch der Wiederaufbau des Öffentlichen Sektors in den angrenzenden EU-Erweiterungsländern ein Schwerpunkt der Bank sein. Im Laufe des Jahres 2004 werden in Neunkirchen und in Bruck/Leitha neue Geschäftsstellen eröffnet.

Die EB und HYPO - Bank Burgenland AG konnte trotz einer intensiv geführten medialen Diskussion über die mögliche künftige Eigentümerstruktur der Bank ihre Marktposition ausbauen, so konnte die Bilanzsumme um rd. 7,1% auf € 3,122 Mrd. gesteigert werden. In der Position Forderungen an Kunden konnte ein Zuwachs von rd. 7% auf € 2,262 Mrd. erzielt werden. Traditionell wurde durch das Emissionsgeschäft der überwiegende Teil der für das Bilanzsummenwachstum notwendigen Mittel aufgebracht, so erhöhten sich die verbrieften Verbindlichkeiten von rd. € 1,495 Mrd. auf € 1,604 Mrd. Die Spareinlagen reduzierten sich um 0,96% auf € 370,2 Mio., wobei dies primär auf Umschichtungen in andere Anlageformen zurückzuführen ist. Die Provisionserträge wurden auf rd. € 8,4 Mio. erhöht, die Betriebserträge verringerten sich jedoch infolge einer Reduktion des Zinsertrages von € 38,4 Mio. auf € 32,2 Mio. Insgesamt wurde ein Betriebsergebnis in der Höhe von rd. € 4,3 Mio. erzielt. Die Bank Burgenland wird weitere Schritte zur nachhaltigen Sanierung in die Wege leiten, wobei neben der Ertragsoptimierung auch eine Straffung des Aufwandes

GESCHÄFTSPOLITIK



erforderlich sein wird. Anfang Mai genehmigte die EU-Kommission die seitens des Landes Burgenland zugunsten der Bank gesetzten vertraglichen Maßnahmen zur Gänze. Das laufende Due Diligence/Verkaufs-Verfahren, bei dem neben der Hypo Alpe-Adria und der Hypo Niederösterreich auch die BAWAG teilnimmt, war zum Zeitpunkt der Berichtsverfassung noch nicht abgeschlossen.

STRATEGISCHE PARTNERSCHAFTEN

Zwischen 1991 und 1998 haben alle Hypos den Schritt von der Rechtsform des öffentlich-rechtlichen Kreditinstituts hin zur Aktiengesellschaft vollzogen. Damit ging bei allen Instituten, bis auf die Hypo Tirol, auch die Verringerung der 100%igen Beteiligung des Landes einher.

Die Hereinnahme anderer Aktionäre ergab sich im Burgenland bereits 1991 durch Fusion der Länderbank-Tochter Eisenstädter Bank AG in die Hypo als aufnehmendes Institut. Das Land Burgenland erwarb 2002 den 7%igen Anteil der Wüstenrot AG und hält 97,97% der Stammaktien, weitere 2,03% befinden sich im Streubesitz. Das Land Burgenland unterbreitete im Berichtsjahr ein freiwilliges öffentliches Übernahmeangebot an die Vorzugsaktionäre, bei dem 181.224 Stück Vorzugsaktien zum Verkauf eingereicht wurden. Das Land Burgenland besitzt damit unter Einbeziehung der Stammaktien 89,94% des Grundkapitals der Bank. Ebenfalls 1991 beteiligte sich die Grazer Wechselseitige Versicherung mit 33% (inzwischen auf 48% aufgestockt) an der Kärntner Hypo. 1996 erwarb die ÖVAG eine 26%ige Beteiligung an der Hypo NÖ, die inzwischen auf 41% aufgestockt wurde.

1997 wurde eine 49%ige Beteiligung der OÖ Raiffeisenlandesbank an der OÖ Hypo finalisiert. Im Mai 2003 veränderte sich die Eigentümerstruktur der Hypo OÖ dahingehend, daß seitens des Landes 50,57%, seitens der Hypo-Holding GmbH 48,59% und seitens der Mitarbeiter 0,84% gehalten werden. An der Hypo-Holding GmbH ist die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich mit rund 70%, die Generali AG mit rund 25% und die Oberösterreichische Versicherung AG mit 5% beteiligt. 1998 erfolgten die Beteiligungen an den Hypos Vorarlberg (25% durch ein Bankenconsortium aus Baden-Württemberg), Steiermark (49% durch die Raiffeisenlandesbank Steiermark) und Salzburg (49% durch ein Bankenconsortium, an dem die OÖ Raiffeisenlandesbank und die OÖ Hypo im Verhältnis 2:1 beteiligt sind). Die Beteiligung der Raiffeisenlandesbank Steiermark an der Hypo Steiermark wurde mittlerweile auf 75% minus einer Aktie aufgestockt. Bei der Hypo Salzburg hat das Land Salzburg im Mai 2003 die Put-Option gezogen und neben den 25% weitere 15% verkauft, sodaß an der Hypo Salzburg die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich 50,01%, die Hypo OÖ 24,98%, die Generali AG 12,51%, die Oberösterreichische Versicherung 2,5% und das Land Salzburg mit 10% und 1 Aktie beteiligt sind.

GEMEINSAME EINRICHTUNGEN DES SEKTORS

Freier Verband

Aufgabe des im Jahr 1947 gegründeten (freien) Verbandes der österreichischen Landes-Hypothekenbanken ist es, die gemeinsamen wirtschaftlichen und ideellen Interessen seiner

Mitglieder, insbesondere in den Angelegenheiten des Bankwesens zu vertreten. Ihm gehören als ordentliche Mitglieder die acht Landes-Hypothekenbanken an. Außerordentliche Verbandsmitglieder sind der Österreichische Gemeindebund, der Österreichische Städtebund, der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands und die Bank Austria Creditanstalt AG.

Die Direktorenkonferenz des Verbandes, das wichtigste Verbandsorgan, in dem die Hypo-Banken durch ihre Vorstandsvorsitzenden vertreten sind, trat im Berichtsjahr zu sechs jährlichen Sitzungen zusammen.

Das Präsidium des Verbandes besteht aus Herrn Direktor Dkfm. Dr. Jodok Simma als Verbandspräsidenten und Herrn Generaldirektor Ing. Mag. Werner Schmitzer sowie Herrn Direktor Dr. Wolfgang Kulterer als Vizepräsidenten. Im Jahr 2003 fand die ordentliche Vollversammlung in Bregenz am 2. Juni 2003 und eine außerordentliche Vollversammlung fand am 3. Dezember 2003 in Wien statt.

Fachverband

Mitglieder des 1988 errichteten Fachverbandes der Landes-Hypothekenbanken sind neben den acht Landes-Hypothekenbanken die Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken, die Hypo-Kapitalanlage Ges.m.b.H., die LBA LandesBausparkasse AG und die Hypo-Wohnbaubank AG.

Sicherungseinrichtung

Als gesetzlich vorgesehene Sicherungseinrichtung für die Fachverbandsmitglieder besteht die Hypo-Haftungs-Ges.m.b.H. Sie hat neben der Einlagensicherung auch die Anlegerentschädigung für Wertpapierdienstleistungen zu gewährleisten. Im Rahmen des Früherkennungssystems werden Monatsausweise, Quartalsberichte, Prüfberichte, bankaufsichtliche Prüfberichte sowie Einschauberichte der Oesterreichischen Nationalbank und des Rechnungshofes kontrolliert und auf Auffälligkeiten überprüft.

Die Einlagensicherung führt regelmäßige Informationsgespräche mit den Einlagensicherungsgesellschaften der anderen Sektoren.

Der Sicherungseinrichtung gehören die acht Landes-Hypothekenbanken, die LBA LandesBausparkasse AG, die Hypo-Wohnbaubank AG sowie die Pfandbriefstelle an. Letztere deswegen, weil ihre nicht fundierten Emissionen als sicherungspflichtige (wenn auch nicht gesicherte) Einlagen gelten, das eigentliche Einlagengeschäft wird von der Pfandbriefstelle nicht betrieben. Das gleiche gilt auch für die Emissionen der Hypo-Wohnbaubank AG.

Im Berichtsjahr wurde ein sehr leistungsfähiges Software-Analyse-Tool der Firma Cognos implementiert, das tiefgehende und umfassende Kennzahlenanalysen der von der Nationalbank zur Verfügung gestellten Sektordaten erlaubt.

Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken

Auch für die Pfandbriefstelle, dem gemeinsamen Emissionsinstitut für großvolumige Emissionen der Hypo-Banken, war die Einigung mit der Europäischen Kommission über die Abschaffung der öffentlichen Haftungen in den dargestellten Übergangsfristen ein zentrales Ereignis. Aufgrund dieser Verständigung, in der sich Österreich verpflichtet hat, die entsprechenden Gesetze anzupassen, hat der Nationalrat am 26.3.2004 ein neues Pfandbriefstelle-Gesetz beschlossen, in dem die entsprechenden Übergangsregelungen umgesetzt wurden und welches die bestehende, im Gesetzesrang stehende Satzung aus dem Jahr 1939 ersetzen wird. Das mit der Deutschen Bank bestehende Debt Issuing Program mit einem Volumen von € 7,5 Mrd. wurde auch für 2004 verlängert. Im Vorjahr wurden rd. € 1,32 Mrd. emittiert, wobei Anleihen in den Währungen Euro, CHF, JPY, USD und Polnische Zloty begeben wurden. Erstmals wurden auch 14 Euro-Schuldscheindarlehen mit einem Volumen von rd. € 226,8 Mio. aufgenommen.

Mit Inkrafttreten der Novelle des Pfandbrief- und Hypothekenbankgesetzes ist vorgesehen, über die Pfandbriefstelle großvolumige Pfandbriefemissionen für den Sektor zu begeben.

Hypo-Banken-Holding

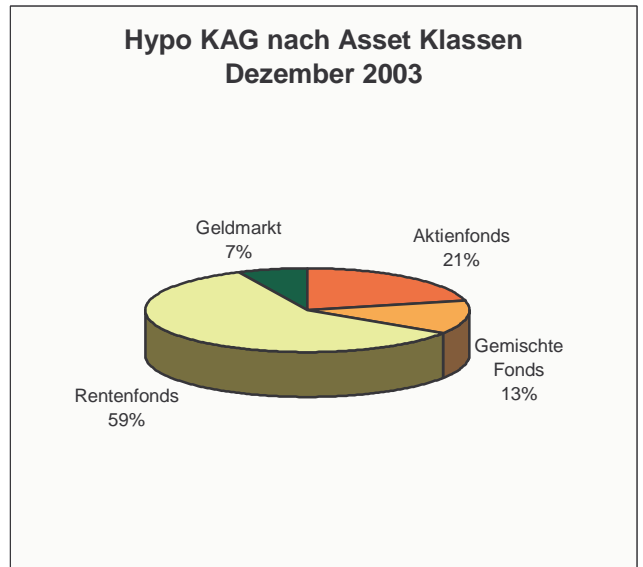
Da der Pfandbriefstelle satzungsgemäß der Erwerb von Beteiligungen nicht möglich ist, wurde für die Beteiligung des Sektors an gemeinsamen Einrichtungen der Kreditwirtschaft im Jahr 1977 die Hypo-Banken-Holding Ges.m.b.H. gegründet.

Sie hielt per Ende 2003 Beteiligungen an der Europay Austria Zahlungsverkehrssysteme Ges.m.b.H, APSS Austrian Payment Systems Services Ges.m.b.H., der Österreichischen Lotterien Ges.m.b.H., der Wiener Börse AG, der STUZZA Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr Ges.m.b.H. und der A-Trust Gesellschaft für Sicherheitssysteme im elektronischen Datenverkehr Ges.m.b.H.

Hypo-Kapitalanlage Ges.m.b.H.

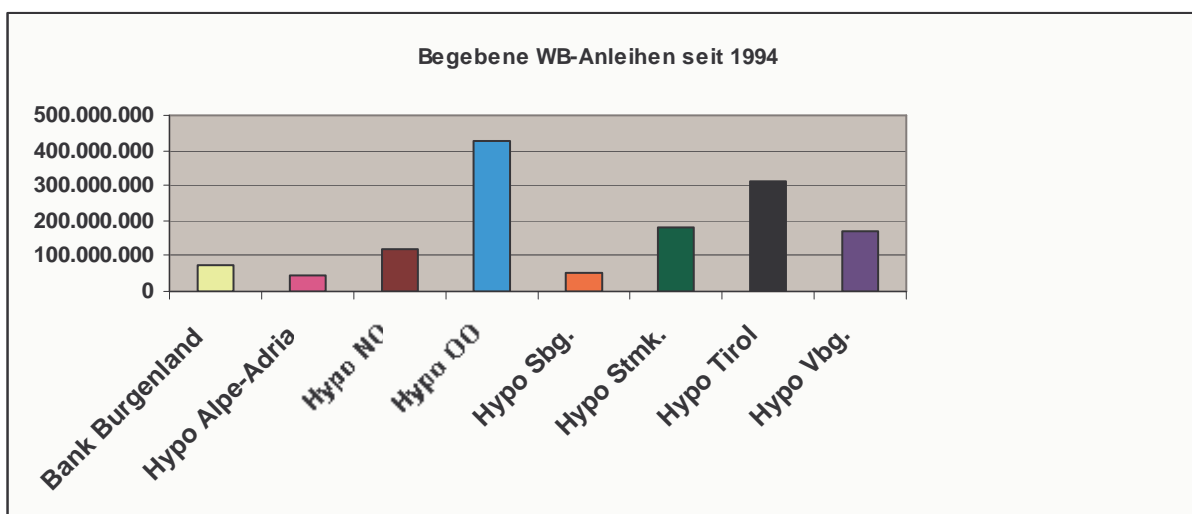
Die Hypo-KAG, die im Jahr 2000 strategisch neu ausgerichtet und positioniert wurde, setzte ihre dynamische Entwicklung fort und konnte das verwaltete Volumen in den letzten Jahren deutlich steigern. Dies gelang durch Öffnung der KAG für neue Fondsthemen der Gesellschafterbanken (z.B. Dachfonds der Hypo Tirol) und durch Hereinnahme von Drittanbietern wie Credit Suisse Asset Management oder Sal. Oppenheim. Daneben haben sich einige Hypobanken entschieden, Nostrogelder in Spezialfonds der Hypo-KAG verwalten zu lassen.

Der Marktanteil der Hypo-KAG betrug zum Ultimo 1999 0,99 %. Per Ende Dezember 2003 verwaltet die Hypo-KAG 1,71 % der österreichischen Fondsmittel. Insgesamt wuchs das Fondsvolumen der Hypo-KAG um 28,6% oder € 370 Mio. signifikant stärker als die Branche insgesamt (+7,8%). Seit Beginn 2004 ist Herr Ewald Fink als hauptberuflicher Geschäftsführer der Hypo-KAG tätig und im Jänner 2004 wurde das Stammkapital der Hypo-KAG auf € 2,5 Mio. erhöht.



Hypo-Wohnbaubank AG

Im Jahr 2003, dem neunten vollen Wirtschaftsjahr, konnte die Hypo-Wohnbaubank AG das bisher erfolgreichste Geschäftsjahr ihrer Geschichte erreichen. Der Absatz von Wohnbau-Anleihen erreichte mit rd. € 325 Mio. eine Rekordmarke und übertraf das Vorjahresergebnis (rd. € 254,6 Mio.) um rd. 27,7%. Als Spezialbank, die ausschließlich das Wohnbaugeschäft des Sektors entsprechend den gesetzlichen Vorgaben refinanziert, hat die Hypo-Wohnbaubank bisher rd. € 1.384 Mio. emittiert und verfügt über einen Marktanteil von rd. 22%. Auch für das Jahr 2004 ist mit einem starken Absatz der Wohnbau-Anleihen zu rechnen. Die Hypo-Wohnbaubank konnte bis April 2004 bereits rd. € 150 Mio. emittieren.



Sparsame Gestionierung

Die Gestionierung aller gemeinsamen Gesellschaften erfolgt weiterhin äußerst effizient. So werden die Funktion des geschäftsführenden Direktors der Pfandbriefstelle, die Geschäftsführung von Hypo-Banken-Holding Ges.m.b.H., Hypo-Haftungs-Ges.m.b.H., Hypo-Kapitalanlage Ges.m.b.H. und Hypo-Wohnbaubank AG von Mitarbeitern des Verbandes wahrgenommen, bei Pfandbriefstelle, KAG und Wohnbaubank jeweils gemeinsam mit einem Mitarbeiter aus einer Hypo-Bank bzw. einem hauptberuflichen Geschäftsführer.

Verwaltung und Rechnungswesen von Hypo-Banken-Holding, Hypo-KAG, Hypo-Haftung und Hypo-Wohnbaubank werden von Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern des Verbandssekretariates, der Pfandbriefstelle und der Hypo Vorarlberg besorgt.

INTERNATIONALE KONTAKTE

Europäischer Hypothekenverband

Der Verband der österreichischen Landes-Hypothekenbanken war mit der Bank Austria Creditanstalt AG und der Erste Bank Mitglied des Europäischen Hypothekenbankenverbandes in Brüssel. Gemeinsam mit der Bank Austria wurde die Mitgliedschaft per Ultimo 2003 gekündigt. Es ist vorgesehen, im Jahr 2004 den Antrag auf Mitgliedschaft beim Europäischen Verband Öffentlicher Banken zu stellen, dem bereits die Hypo Alpe-Adria-Bank und die Hypo Niederösterreich angehören, wobei die Präsidentenfunktion durch Dr. Wolfgang Kulterer wahrgenommen wird. Für die langjährige gute Zusammenarbeit gilt unser besonderer Dank der Generalsekretärin des Europäischen Hypothekenverbandes, Frau Judith Hardt.

Deutschland

Die seit vielen Jahren bestehenden ausgezeichneten Beziehungen zum Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) werden auch mit dem neuen Hauptgeschäftsführer, Herrn Karl-Heinz Boos, fortgesetzt. Es finden tourliche Treffen statt, wobei versucht wird, ein akkordiertes Vorgehen bei wesentlichen, für den Bankensektor bedeutsamen, EU-Richtlinien sicherzustellen. Bei derartigen Treffen nimmt üblicherweise auch der Geschäftsführer der Bundessparte Bank und Versicherung der österreichischen Wirtschaftskammer, Herr Syndikus Dr. Herbert Pichler, teil. Im Juni 2004 wird die Hypo-Bildung gemeinsam mit dem VÖB in Wien eine Fachtagung zum Thema "Kommunalfinanzierung in den neuen EU-Staaten" abhalten.

Auch mit dem Verband der deutschen Hypothekenbanken, dem für die Verbreitung des Pfandbriefsystems in den für Österreich so wichtigen ost- und südosteuropäischen Ländern sowie für die Modernisierung des Pfandbriefrechtes in Europa große Verdienste zukommen, findet ein regelmäßiger Meinungs austausch statt. Der deutsche Hypo-Verband verstärkt auf europäischer Ebene gerade seine Lobbying-Bemühungen, um die besondere Qualität des Pfandbriefes auch und insbesondere gegenüber den „Mortgage Backed Securities“

unverwechselbar darzustellen und wird in dieser Hinsicht vom österreichischen Hypo-Verband voll unterstützt.

Schweiz

An den tourlichen Treffen der Geschäftsführer des Bundesverbandes Öffentlicher Banken und des Hypo-Verbandes nimmt auch der Geschäftsführer des Verbandes Schweizerischer Kantonalbanken, Herr Direktor Carlo Mati, teil. Bereits in den letzten Jahren hat es sich gezeigt, daß der Rechtsrahmen der EU zunehmend auch den Schweizer Bankplatz mitbestimmt. Bekanntermaßen ist auch das termingerechte Inkrafttreten der EU-Zinsenrichtlinie davon abhängig, daß ein Übereinkommen mit der Schweiz erzielt werden kann, gleichwertige Maßnahmen für EU-Bürger am Schweizer Bankplatz einzuführen.

GESCHÄFTSVERLAUF

Gerade im Branchenvergleich sieht man, daß die Hypos sich in vielen Kennzahlen besser entwickelt haben als die Mitbewerber. So lag sowohl das Wachstum der Bilanzsumme +13,1% als auch die Steigerung des Nettozinsertrages (+5,2%) sowie die Erhöhung des Betriebsergebnisses (+9,3%) über dem Durchschnittswert.

Bilanzentwicklung

Stärker als im Vorjahr konnte die Bilanzsumme gesteigert werden, und zwar um rd. 13,1% auf € 45.750 Mio. Die gesamte Branche konnte nach dem erstmaligen Rückgang letzten Jahres heuer wieder eine Zunahme um 5,5% verzeichnen, die dem sonst üblichen Durchschnitt entsprach. Die Landes-Hypothekenbanken konnten damit ihre Position als nach den Sparkassen, Aktienbanken und Raiffeisenbanken viertgrößter (bzw. unter Berücksichtigung der Gruppe der „Sonderbanken“ fünftgrößter) Sektor vor den Volksbanken festigen, der Anteil an der gesamten Bilanzsumme der Kreditwirtschaft (ohne Bausparkassen) konnte auf 7,8% gesteigert werden.

Auf der Passivseite stiegen die Einlagen auf rd. €8.142 Mio. oder 2,8% an, während der Branchendurchschnitt bei rd. 4,8% lag. Termin- und Fremdwährungseinlagen waren wie letztes Jahr rückläufig (-15,1); die Sichteinlagen wiesen ein zufriedenstellendes Wachstum von 6,2% auf. Die Spareinlagen konnten um 5,7% zulegen.

Zunahmen verzeichnete auch der Bereich der eigenen Emissionen, deren Umlauf auf € 29.694 Mio. oder 15,2% anstieg. Rechnet man die einzig rückläufige Position, Hypotheken- und öffentliche Pfandbriefe heraus (-3,9%), so wäre die Steigerung der Emissionen bei ca. 22,2% dank der Wohnbau- (+30,7%) und sonstigen Anleihen (+28,3%) gelegen. Das verwaltete Kundenvermögen auf den Depots blieb mit € 9,9 Mrd. konstant.

Auf der Aktivseite stiegen die Direktkredite an inländische Nichtbanken um rd. 2,9% auf € 22.614 Mio. Die Zuwachsrate lag damit deutlich über dem Durchschnittswert der Kreditwirtschaft von 1,6%.

Stark forciert wurde weiterhin das Auslandsgeschäft der Hypo-Banken in den jeweils benachbarten Staaten bzw. Regionen - Süddeutschland, Schweiz, Liechtenstein, Südtirol und Oberitalien, Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Ungarn. Die Auslandsaktiva stiegen um rd. 33,5% und die Auslandspassiva um rd. 29,7%.

Dabei ist darauf hinzuweisen, daß das Auslandsgeschäft der Hypo Alpe-Adria-Bank über selbständige Auslandstöchter abgewickelt wird und in den vorstehenden Ziffern daher nicht enthalten ist. Das gleiche gilt für die Tochter der Hypo Vorarlberg, die Hypo Investment Bank AG in Vaduz.

Die Eigenmittelquote betrug im Berichtsjahr 10,46% der Bemessungsgrundlage.

Erfolgsrechnung

Trotz des schwierigen konjunkturellen Umfeldes und den damit einhergehenden Abwertungen und Wertberichtigungen stieg das Betriebsergebnis mit 12,9% wesentlich stärker als in der Gesamtbranche.

Die Betriebsergebnispanne der durchschnittlichen Bilanzsumme liegt mit 0,67% somit geringfügig unter dem Branchenschnitt von 0,73%. Das zusammengefaßte Betriebsergebnis des Sektors erhöhte sich im Berichtsjahr auf € 29242 Mio. Die Kosten-/Ertragsrelation (Betriebsaufwendungen in Prozent der Betriebserträge) des Sektors betrug auch im internationalen Vergleich hervorragende 57,7%, ein Wert, der von keinem der anderen Sektoren auch nur annähernd erreicht wird.

Zu den angeführten sektoralen Durchschnittswerten ist anzumerken, daß die Ergebnisse und Kennziffern der einzelnen Hypo-Banken davon zum Teil ganz beträchtlich abweichen. So weisen die besten Institute auch für 2003 wieder Betriebsergebnispannen von um die 0,88% und Cost-Income-Ratios von bis zu 47,36% aus.

Stellennetz

Mit einem Netz von 175 Bankstellen (9 Zentralen - einschließlich Pfandbriefstelle -, 166 Zweigstellen, Zahlstellen und Filialen) ist der Sektor in Österreich gut positioniert. Der österreichweite Marktanteil von rd. 3,4% ist allerdings insofern zu relativieren, als die Filialdichte bundesländerweise recht unterschiedlich ist und einige Hypos über ein durchaus flächendeckendes Stellennetz verfügen.

Die inländischen Geschäftsstellen verteilen sich auf die einzelnen Mitgliedsinstitute wie folgt: Bank Burgenland 17, Hypo Alpe-Adria Bank 20, Hypo Niederösterreich 29, Hypo Oberösterreich 17, Hypo Salzburg 23, Hypo Steiermark 18, Hypo Tirol 25, Hypo Vorarlberg 25 sowie die Pfandbriefstelle 1.

Auslandsrepräsentanzen gibt es je eine in Brüssel (Hypo Alpe-Adria) und in Augsburg (Hypo Vorarlberg). Auslandsfilialen bestehen in St. Gallen (Hypo Vorarlberg), in Bozen, Brixen und Bruneck (Hypo Tirol). Die Hypo Investment Bank AG als ein auf Private Banking spezialisiertes Bankinstitut sowie die Banktöchter der Hypo Alpe-Adria-Bank in Italien, Slowenien, Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina und Liechtenstein wurden bereits erwähnt.

Die Regionalbanktochter Sopron-Bank AG ist im Berichtsjahr erfolgreich gestartet und hat neben Filialen in Sopron und Győr eine Repräsentanz in Szombathely.

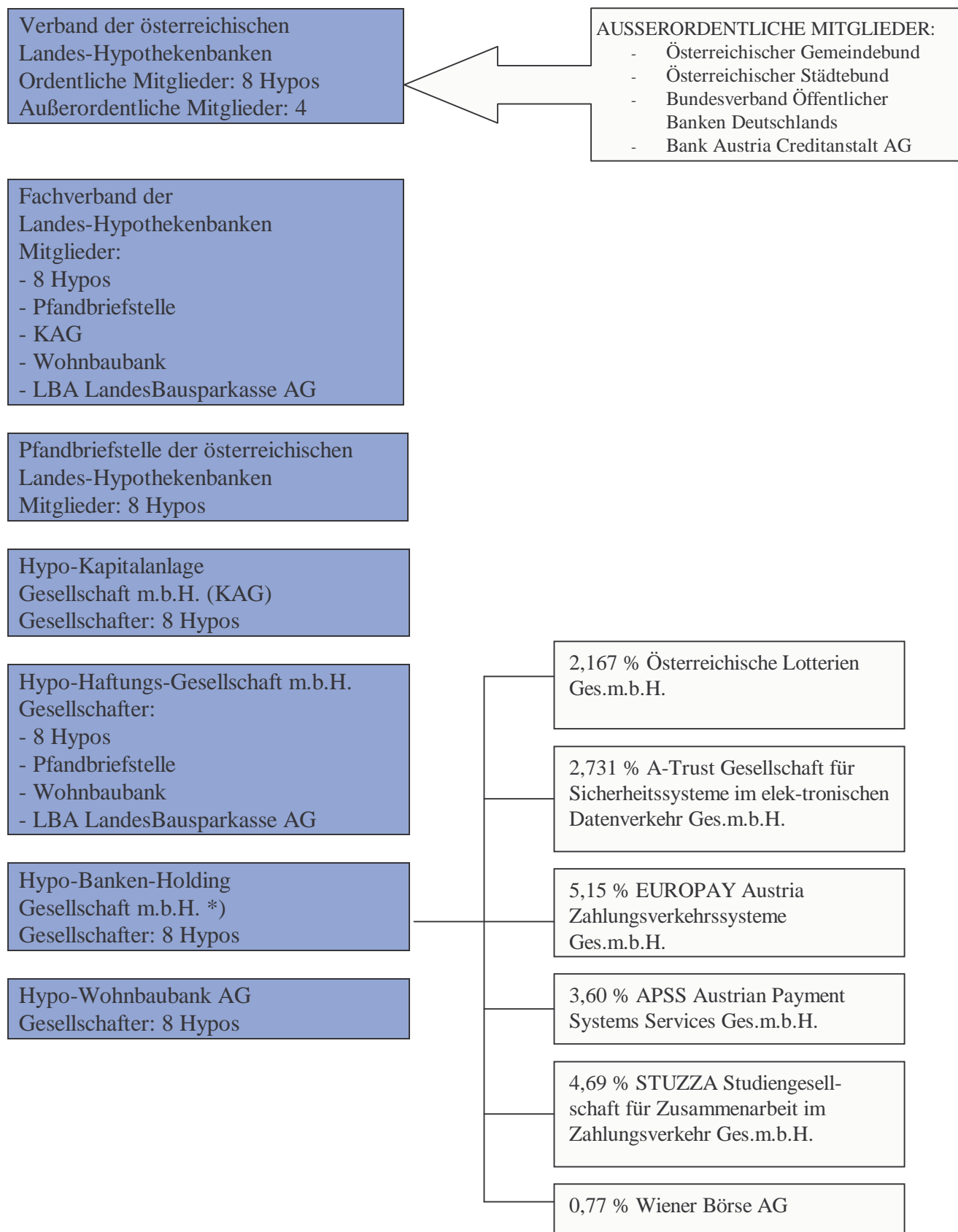
AUSBLICK FÜR 2004

Seit Jahresbeginn haben sich die Konjunkturaussichten für den ganzen Euro-Raum und auch für Österreich eingetrübt. Deutlich expansive Impulse erhält die europäische Konjunktur aber von der Weltwirtschaft, die angetrieben vom Boom in Asien und der lebhaften Nachfrage in Nordamerika kräftig wächst. Aufgrund der starken Aufwertung des Euros überträgt sich diese Dynamik jedoch nur sehr zögernd auf den Euro-Raum. Durch den Erweiterungsschritt der Europäischen Union am 1. Mai 2004 werden zehn neue Staaten in Zentral- und Osteuropa sowie Malta und Zypern aufgenommen. Studien zufolge wird Österreich von der Erweiterung doppelt so stark profitieren wie der Euro-Raum, wobei sich die langfristige Zunahme des BIP bei 1% bewegen wird. Das Wachstum des österreichischen BIP wird sich 2004 bei real 1,5% bewegen und im Jahr 2005 auf 2,25% ansteigen. Die Zahl der Arbeitslosen wird sich aber aller Voraussicht nach weiter erhöhen und im Jahresdurchschnitt 2005 knapp 250.000 erreichen, was deutlich über dem Niveau vor Beginn der Wachstumseintrübung (2000: 194.000) liegt.

Die österreichische Kreditwirtschaft wird mit Nachdruck darauf drängen, daß bei der Umsetzung von Basel II in europäischen Regelungen auf die spezifischen kontinental-europäischen Gegebenheiten Rücksicht genommen wird. Die EU-Kommission hat in den bisher geführten diesbezüglichen Gesprächen eine solche Vorgangsweise zugesagt.

Die Hypos, die sich in den letzten Jahren als kundennahe Regionalbanken erfolgreich positioniert haben, werden in ihren erweiterten Heimatmärkten die zahlreichen Marktchancen erfolgreich nutzen und sehen sich aufgrund ihrer schlanken Kostenstruktur auch für die Zeit nach dem Auslaufen der Landeshaftung gut gerüstet.

GESCHÄFTSPOLITIK



*) durchgerechnete Anteile

AKTIVGESCHÄFT

Inländisches Kreditvolumen

Das Kreditwachstum stieg gegenüber dem Vorjahr leicht an: Die gesamten Ausleihungen der österreichischen Kreditinstitute und inländischen Nichtbanken zum 31.12.2003 stiegen um € 3,85 Mrd. auf € 239,48 Mrd., das entspricht einem Zuwachs von +1,60%.

Im Gegensatz zu den Vorjahren wurde das Kreditwachstum 2003 von den Euro-Krediten getragen. Diese stiegen um € 4,23 Mrd. bzw. +2,2%. Dagegen gingen die Ausleihungen in Fremdwährung um 0,9% auf den Gegenwert von € 43,9 Mrd. zurück. Bei den Ausleihungen in Fremdwährung erfolgten wesentliche Rückgänge bei den YEN-Krediten, während der Anteil der Kredite in CHF sich weiter erhöhte.

Ausleihungen der österreichischen Landes-Hypothekenbanken

Das Gesamtausleihungsvolumen der Hypos stieg gegenüber dem Vorjahr um 9,8% auf € 34,4 Mrd. Besondere Steigerungen weisen wieder die Kredite an ausländische Nichtbanken auf, die um 35% auf € 5,5 Mrd. stiegen. Sowie in den Vorjahren wiesen auch die in- und ausländischen Zwischenbankforderungen hohe Steigerungsraten auf, und zwar um 19,4% auf € 6,3 Mrd.

So wie in der gesamten Kreditwirtschaft weisen auch bei den Hypos erstmals wieder die Euro-Kredite stärkere Steigerungsraten als die Fremdwährungskredite auf.

Ausleihungsstruktur nach Kreditnehmern

Bei den Ausleihungen an öffentliche Stellen wurden die Ausleihungen an den Bund, die auf € 2 Mrd. bzw. 6,9% zurückgingen, erstmals von den Ausleihungen an die Länder mit einem Volumen von € 2,1 Mrd. bzw. einer Steigerung von 75% übertroffen. Die Ausleihungen an Gemeinden erhöhten sich um 3,4% auf € 1,9 Mrd. Die hohe Steigerungsrate von 33,6% bei den Ausleihungen an die Angehörigen der Freien Berufe auf € 1,3 Mrd. spiegelt das erfolgreiche Engagement der Hypos bei dieser Berufsgruppe wider. Bei den Ausleihungen an Private Haushalte war ein leichter Rückgang um 4% auf € 4,6 Mrd. zu verzeichnen. Von den Ausleihungen an Kunden sind 27,7% hypothekarisch besichert. Die Ausleihungen zur Schaffung und Erhaltung von Wohnraum stiegen um 11,7% auf € 6,1 Mrd.

Die über die Pfandbriefstelle gesteuerten Konsortialfinanzierungen gingen zum Stichtag 31.12.2003 auf ein Volumen von € 2,2 Mrd. zurück.

GESCHÄFTSENTWICKLUNG

AUSLEIHUNGEN DER ÖSTERREICHISCHEN KREDITUNTERNEHMUNGEN

	31.12.2002	31.12.2003	Veränderung	
	in Millionen Euro		in %	
Nach Kreditarten				
Wechselkredite (inkl. Rediskonte)	757	647	-110	-14,5
Hypothekar- u. Kommunaldarlehen u.				
Sonstige Euro-Direktkredite	190.531	194.871	4.341	2,3
Fremdwährungskredite	44.342	43.956	-386	-0,9
	235.629	239.475	3.845	1,6
Nach Sektoren				
Aktienbanken und Bankiers	38.028	38.856	828	2,2
Sparkassensektor	87.046	87.241	195	0,2
Landes-Hypothekenbanken	21.980	22.614	635	2,9
Raiffeisensektor	51.941	53.374	1.433	2,8
Volksbankensektor	14.050	14.442	392	2,8
Bausparkassen	13.808	13.344	-464	-3,4
Sonderbanken	8.778	9.604	826	9,4
	235.630	239.475	3.846	1,6

Quelle: OeNB-Monatsausweis

GESCHÄFTSENTWICKLUNG

AUSLEIHUNGEN DER LANDES-HYPOTHEKENBANKEN IN € UND FW

	31.12.2002	31.12.2003	Veränderung	
	in Millionen Euro		in %	
Nach Kreditarten				
Wechselkredite	17	13	-4	-24,6
Hypothekar- u. Kommunaldarlehen u. Sonstige Euro-Direktkredite	17.532	18.084	552	3,1
Fremdwährungskredite	4.431	4.518	87	2,0
Direktkredite an inl. Nichtbanken	21.980	22.614	635	2,9
In- und ausl. Zwischenbankforderungen	5.304	6.333	1.029	19,4
Kredite an ausl. Nichtbanken	4.037	5.449	1.412	35,0
Gesamtausleihungsvolumen	31.321	34.396	3.075	9,8
Nach Kreditnehmergruppen				
Forderungen an Kunden	26.286	28.304	2.018	7,7
davon entfallen auf:				
Bund	2.143	1.995	-148	-6,9
Länder	1.931	2.076	145	7,5
Gemeinden	1.806	1.868	62	3,4
Freie Berufe u. selbst. Erwerbstätige	1.003	1.340	337	33,6
Private Haushalte	4.819	4.626	-193	-4,0
Hypothekarisch besichert	7.262	7.838	575	7,9
Beschaffung/Erhalt von Wohnraum	5.463	6.100	638	11,7

Quelle: OeNB-Monatsausweis

PASSIVGESCHÄFT

Emissionstätigkeit

Der Emissionsumlauf von Anleihen und sonstigen Wertpapieren steht im Berichtsjahr auf € 29,7 Mrd., d.i. gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs von € 3,9 Mrd. bzw. 15,2%. Die erfolgreichen Emissionsprogramme der Hypos sowie der Pfandbriefstelle wurden fortgeführt. Ein überdurchschnittlicher Anstieg war bei den Wohnbuanleihen (+ 30,7 %) sowie bei den sonstigen Anleihen zu verzeichnen. Die Emissionstätigkeit bei Hypotheken- und öffentlichen Pfandbriefen war dagegen neuerlich rückläufig. Das Bruttoemissionsvolumen der österreichischen Kreditinstitute ging um 6,1% auf € 17,3 Mrd. zurück. Auf Pfandbriefe entfallen davon ca. € 1,8 Mrd. Die Emissionen von Nichtbanken stiegen um 15,7% auf € 18,5 Mrd.

Einlagengeschäft

Im gesamten Einlagengeschäft wuchsen die Hypos unter dem Durchschnitt der Gesamtbranche: Während die Einlagen inländischer Nichtbanken in der gesamten Kreditwirtschaft um 4,8% stiegen, verzeichnete der Hypo-Sektor einen Anstieg von 2,8%. Ausschlaggebend dafür war, daß das Wachstum der Sichteinlagen mit +6,2% doch erheblich unter der Zuwachsrate der Branche (+18%) blieb. Auch die Termin- und Fremdwährungseinlagen verringerten sich mit -15,1% etwas stärker als in der übrigen Kreditwirtschaft (-11,5%). Erfreulich ist jedoch, daß die Spareinlagen mit 5,7% im Vergleich zur gesamten Kreditwirtschaft (+3,5%) stärker wuchsen.

Marktanteile

Bei den Emissionen stieg der Marktanteil des Hypo-Sektors leicht auf 21%. Bei den sonstigen Anleihen erhöhte sich der Marktanteil des Hypo-Sektors auf ca. 41%, bei den Wohnbuanleihen sowie den Pfandbriefen konnten die Marktanteile mit 22% bzw. ca. 68% gehalten werden. Der Sektoranteil bei den Gesamteinlagen inländischer Nichtbanken belief sich auf unverändert 4,1%.

Ertragslage

Das kumulierte Betriebsergebnis stieg mit rd. 9,3% auf € 292,42 Mio., das sind 0,67% der durchschnittlichen Bilanzsumme 2002/2003. Die durchschnittliche Cost-Income-Ratio der österreichischen Kreditinstitute verbesserte sich gegenüber dem Jahr 2002 um 1%-Punkt und betrug zum Berichtszeitpunkt 68,2%. Bei den Landes-Hypothekenbanken liegt das Verhältnis der Kosten zu den Erträgen bei 57,7% und damit wie in den vergangenen Jahren erheblich unter dem Durchschnitt.

UMLAUF VON HYPOTHEKEN- UND ÖFFENTLICHEN PFANDBRIEFEN

	2002	2003	Veränderung	
	in Millionen Euro			in %
LANDES-HYPOTHEKENBANKEN				
Hypotheken- u. öffentliche Pfandbriefe	6.931	6.663	-268	-3,9
Wohnbauanleihen	1.059	1.384	325	30,7
Sonstige Anleihen	17.787	21.646	3.860	21,7
Summe	25.777	29.694	3.917	15,2
ANDERE EMITTENTEN				
Hypotheken- u. öffentliche Pfandbriefe	3.076	3.037	-39	-1,3
Wohnbauanleihen	3.655	4.910	1.255	34,3
Sonstige Anleihen	37.685	30.934	-6.751	-17,9
Summe	44.416	38.881	-5.535	-12,5
GESAMTUMLAUF				
Hypotheken- u. öffentliche Pfandbriefe	10.007	9.700	-307	-3,1
Wohnbauanleihen	4.714	6.294	1.580	33,5
Sonstige Anleihen	55.472	52.580	-2.892	-5,2
Summe	70.193	68.574	-1.619	-2,3
MARKTANTEIL DER LANDES-HYPOTHEKENBANKEN in %				
Hypotheken- u. öffentliche Pfandbriefe	69,3	68,7		
Wohnbauanleihen	22,5	22,0		
Sonstige Anleihen	32,1	41,2		
Summe	36,7	43,3		

Quelle: Verbandsstatistik u. OeNB

GESCHÄFTSENTWICKLUNG

EINLAGEN, INLANDSEMISSIONEN UND GESAMTE FREMDMITTEL

	2002	2003	Veränderung	
	in Millionen Euro		in %	
LANDES-HYPOTHEKENBANKEN				
Gesamteinlagen und Emissionen	33.694	37.836	4.142	12,3
Sichteinlagen	2.143	2.276	133	6,2
Termin- u. FW-Einlagen	1.135	964	-171	-15,1
Spareinlagen	4.639	4.902	263	5,7
Gesamteinlagen incl. Nichtbanken	7.917	8.142	225	2,8
Hypotheken- u. öffentliche Pfandbriefe	6.931	6.663	-268	-3,9
Anleihen ges.	18.846	23.030	4.185	22,2
Sonstige Anleihen	12.249	15.721	3.473	28,3
Pfandbriefstellen-Emissionen	5.538	5.925	387	7,0
Wohnbauanleihen	1.059	1.384	325	30,7
Summe Emissionen	25.777	29.694	3.917	15,2
Gesamte Fremdmittel*	39.168	44.314	5.145	13,1
Verwaltetes Kundenvermögen	9.900	9.928	28	0,3
ALLE SEKTOREN				
Gesamteinlagen incl. Nichtbanken	191.773	200.970	9.197	4,8
Emissionen	133.562	141.467	7.905	5,9
Gesamteinlagen und Emissionen	325.336	342.438	17.102	5,3
Gesamte Fremdmittel*	544.726	573.879	29.153	5,4
MARKTANTEILE DER LANDES-HYPOTHEKENBANKEN IN %				
Gesamteinlagen incl. Nichtbanken	4,1	4,1	0,0	
Emissionen	19,3	21,0	1,7	
Gesamteinlagen und Emissionen	10,4	11,0	0,7	
Gesamte Fremdmittel *	7,2	7,7	0,5	

* Gesamte Fremdmittel:

- In- und ausländische Zwischenbankverpflichtungen
- Einlagen von in- und ausländischen Nichtbanken
- Eigene In- und Auslandsemissionen
- Sonstige In- und Auslandspassiva

*) Ab 2002 inkl. kap. Zinsen

Quelle: Verbandsstatistik (vorläufige Bilanzen der Hypos per 31.3.2004) u. OeNB

GESCHÄFTSENTWICKLUNG

KENNZAHLEN

	Aktienbanken und Bankiers	Sparkassen sektor	Landes- Hypothekenbanken	Raiffeisen sektor	Volksbanken sektor	Sonderbanken	Gesamt
Bilanzsumme 02 in Mio. €	91.938	214.778	40.457	131.264	29.362	46.347	554.146
Bilanzsumme 03 in Mio. €	97.775	215.447	45.750	144.012	31.859	51.062	585.905
Durchschnittl. Bilanzsumme aus 2002 und 2003 in Mio. €	94.857	215.112	43.104	137.638	30.611	48.705	570.026
Betriebsergebnis 2003 in Mio. €	774	1.304	292	1.222	286	474	4.352
erwartetes EGT 2003 in Mio. €	453	625	172	818	179	396	2.642
Nettozinsertrag 2003 in Mio. €	1.133	2.514	467	1.821	455	428	6.818
Verwaltungsaufwand 2003 in Mio. €	1.234	3.101	369	1.957	456	477	7.596
laufwand 2003 in Mio. €	689	2.025	220	1.170	290	234	4.628
Sachaufwand 2003 in Mio. €	545	1.077	150	787	167	243	2.969
Bankstellen	594	1.509	175	2.309	554	96	5.241
<small>Quelle: OeNB / Anzahl der Kreditinstitute in Österreich und deren Auslandsfilialen; Verbandsstatistik</small>							
<u>Sektoranteile 2003 in Prozent (Basis:Ø Sektorbilanzsumme)</u>							
Betriebsergebnis	0,82	0,61	0,67	0,89	0,93	0,97	0,75
erwartetes EGT	0,48	0,29	0,40	0,59	0,58	0,81	0,46
Nettozinsertrag	1,19	1,17	1,08	1,32	1,49	0,88	1,20
Verwaltungsaufwand	1,30	1,44	0,86	1,42	1,49	0,98	1,33
Personalaufwand	0,73	0,94	0,51	0,85	0,95	0,48	0,81
<u>Sektoranteile 2003 in Prozent der Gesamtbranche</u>							
Ø Bilanzsumme	16,64	37,74	7,56	24,15	5,37	8,54	100,00
Betriebsergebnis	17,79	29,97	6,72	28,07	6,57	10,88	100,00
erwartetes EGT	17,15	23,64	6,50	30,96	6,76	15,00	100,00
Nettozinsertrag	16,62	36,88	6,85	26,70	6,67	6,27	100,00
Verwaltungsaufwand	16,25	40,83	4,86	25,77	6,01	6,28	100,00
Personalaufwand	14,89	43,76	4,75	25,29	6,26	5,06	100,00
Bankstellen	11,3	28,8	3,4	44,1	10,6	1,8	100,00

□

GESCHÄFTSENTWICKLUNG

AUSGEWÄHLTE BILANZ UND G&V-DATEN DER HYPOS 2003 (in Mio. €)

	EB und HYPO - Bank Burgenland AG	Hypo Alpe-Adria- Bank AG	NÖ Landesbank- Hypotheken- bank AG	OÖ Landes- bank AG	Salzburger Landes-Hypothekenbank AG	Landes-Hypothekenbank Steiermark AG	HYPO TIROL BANK AG	Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG
Durchschnittl. Bilanzsumme	2.728	9.205	4.788	4.780	3.289	4.372	7.455	6.723
Einlagen von Nichtbanken	1065	1.885	1.210	948	749	761	1.561	1.282
Verbriefte Verbindlichkeiten	1142	5.864	2.116	1.295	1.157	2.680	4.267	3.736
Zwischenbankverpflichtungen	246	1.054	589	520	89	110	116	210
Kredite an Nichtbanken	2.124	5.609	3.396	3.430	2.029	2.732	4.134	4.851
Zwischenbankforderungen	236	3.020	379	860	597	463	1.074	420
Nettozinsertrag	15	105	53	50	26	61	81	76
Provisionsertrag	9	19	9	10	12	9	25	22
Verwaltungsaufwand	26	75	41	43	31	43	63	47
hievon Personalaufwand	16	41	24	26	22	26	37	27
Betriebsergebnis	4	68	25	27	16	32	61	59
EGT	5	45	18	22	5	18	25	35

Quelle: OeNB-Monatsausweis und -Quartalsbericht

MITARBEITER

Anzahl der Mitarbeiter

Per 31.12.2003 waren 3.629 Mitarbeiter (ohne Teilzeitbeschäftigte) im Hypo-Sektor beschäftigt. Das ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um 1,7%.

KOLLEKTIVVERTRAG

Am 1.2.2003 wurden die Schemabezüge für die dem Kollektivvertrag der Landes-Hypothekenbanken unterliegenden Mitarbeiter um 1,9% plus 6,-- Euro erhöht. Dies entspricht einer durchschnittlichen Erhöhung von 2,2%. Die im Dezember 2003 abgeschlossene Kollektivvertragsrunde 2004 ergab eine Erhöhung um 1,95% mit Geltungsbeginn ab 1.2.2004. Das Gehaltsschema für die Mitarbeiter der Landes-Hypothekenbanken ist seit 1993 in Geltung. Für Mitarbeiter, die vor dem 1.1.1993 in die Bank eingetreten sind, orientiert sich das Gehaltsschema an den öffentlich Bediensteten des jeweiligen Bundeslandes. Für diese Mitarbeiter erhöhen sich die Bezüge ab 1.1.2003 um 2,1% bzw. mindestens Euro 30,--.

Reform des Gehaltsschemas

Im November 2003 wurde in Gesprächen zwischen der Gewerkschaft und den Verbänden der Kreditwirtschaft eine grundsätzliche Einigung mit Rahmenbedingungen einer Entgeltreform erzielt. Die Weiterarbeit mit einer Festlegung von Details für das Beschäftigungsgruppen- und das Vorrückungssystem erfolgt auf Sektorebene im Laufe des Jahres 2004.

AUSBILDUNG

Schwerpunkt im **Bereich Training** waren 2003 wiederum die "standardisierten" Ausbildungswege der Grund-, Fach- und Fachlaufbahnausbildung. Vor allem bei der Grund- und Fachausbildung explodierten im vergangenen Jahr die Teilnehmerzahlen: insgesamt konnte die HYPO-Bildung in diesem Segment rund 3.600 Teilnehmertage verzeichnen, was einem Zuwachs von rund 20% entspricht. 21 Mitarbeiter konnten die eher "generalistisch" angelegte Fachausbildung erfolgreich abschließen, die tätigkeits-orientierten Fachlaufbahnen konnten 18 Mitarbeiter erfolgreich beenden. Beide Ausbildungswege dauern 2 Jahre und umfassen jeweils 2 (schriftliche und mündliche) Teilprüfungen, bei der Fachlaufbahnausbildung kommt noch eine von jedem Teilnehmer zu verfassende "Facharbeit" hinzu. Der erfolgreiche Abschluß wird entsprechend zertifiziert.

Im vergangenen Jahr startete in enger Zusammenarbeit mit der HYPO TIROL BANK AG in Innsbruck und Bozen die **Ausbildungsschiene "Südtirol"**. Damit steht insbesondere den HYPO-BANK-Mitarbeitern in Südtirol die standardisierte Zertifikatsausbildung unter Berücksichtigung des italienischen Kontextes (Recht, Steuern, Rechnungswesen) zur Verfügung. Den Beginn machte 2003 die Fachlaufbahn Kommerzberater, im Herbst 2004 folgt dann die Grundausbildung. Um die "italienischen" Inhalte integrieren zu können, veranstaltete die HYPO-Bildung eigene Spezialseminare zu den Themen "Italienisches Steuerrecht" und "Italienisches Exekutions- und Insolvenzrecht". Weitere Seminare folgen 2004.

MITARBEITER

Ergänzend zu den Zertifikatsausbildungen bietet die HYPO-Bildung eine Vielfalt anderer Trainings an, die zum Teil auch regional und maßgeschneidert für die eine oder andere HYPO-BANK veranstaltet werden.

Die HYPO-Bildung ist bestrebt, **aktuelle Themen** sehr rasch in ihr Programm aufzunehmen, um damit Informationen und Impulse für die Entwicklung in den HYPO-BANKEN zu geben. So gab es 2003 z.B. spezielle Veranstaltungen zu den Themen "Rechtsfragen der Vermögensverwaltung", "Coaching für Personalentwickler" und "Souveränes Auftreten in Stil und Etikette".

In den Bereichen **Computer Based Training (CBT)** bzw. **Web Based Training (WBT)**, die seit 1992 integraler Bestandteil der HYPO-BANK-Ausbildung sind, werden die vorhandenen Programme sukzessive überarbeitet und dabei auch inter- und intranet-fähig gemacht. Das WBT "Geldwäscherei" wurde auf den neuesten gesetzlichen Stand der BWG-Novelle 2003 gebracht und der Teil 1 des neuen WBTs "Wertpapier-Produktwissen" fertiggestellt. Kleine Test-Module zu den Fachgebieten Wertpapier und Steuern stehen den Mitarbeitern nunmehr zur kontinuierlichen Wissensüberprüfung bzw. laufenden Zertifizierung zur Verfügung. Zu den Themen "Volkswirtschaft", "Wertpapier" und "Steuern" konnten den HYPO-BANK-Mitarbeitern neue Lern- und Test-Programme zur Verfügung gestellt werden.

Das vor einigen Jahren geschaffene **HYPO-BANK-Kompendium** - ein Wissensmanagementsystem auf Intranet-Basis - wird von den HYPO-BANK-Mitarbeitern immer stärker in Anspruch genommen. Alle internetfähigen Lern- und Testprogramme sind in die "HYPO-BANK-Kompendium"-Plattform eingebettet, sodaß die Mitarbeiter auf ein integriertes Lern-, Test- und Informationsmedium zurückgreifen können. Im vergangenen Jahr wurde der Inhalt erweitert: neu hinzugekommen sind Länderinformationen zu bankrelevanten Themen sowie das "Forum Recht", das aktuelle Informationen für die in den HYPO-BANKEN tätigen Juristen bereithält.

Das 2001 gemeinsam mit Partnern aus Belgien, Frankreich und Luxemburg im Rahmen des **Leonardo da Vinci-Programms 2000-2006 der EU** gestartete Projekt "LaFiBa" wurde 2003 fortgeführt. Ziel dieses Projekts ist die Entwicklung eines speziellen Sprachlernprogramms für Banken und Finanzdienstleister. Die Fertigstellung ist für Frühjahr 2004 vorgesehen.

Alle Bildungsmaßnahmen haben ein Ziel: den HYPO-BANK-Kunden optimale Beratung und Betreuung zu bieten. Alle Bildungsmaßnahmen sind aber nur möglich, weil sie unterstützt werden durch Trainer, Führungskräfte, Bildungsverantwortliche und getragen werden vom "Bildungswillen" der HYPO-BANK-Mitarbeiter. Ihnen allen sei dafür herzlich gedankt!

MITGLIEDSINSTITUTE

EB und HYPO - BANK BURGENLAND Aktiengesellschaft

Zentrale:	7000	Eisenstadt, Neusiedler Straße 33	+43 (0) 2682/605-0
Filialen:	1090	Wien, Kolingasse 12	+43 (0) 1/4060460
	2421	Kittsee, Hauptplatz 32	+43 (0) 2143/3330
	2491	Neufeld, Hauptstraße 55	+43 (0) 2624/52668
	7000	Eisenstadt, Hauptstraße 31	+43 (0) 2682/605-0
	7071	Rust, Hauptstraße 6	+43 (0) 2685/205
	7100	Neusiedl, Hauptplatz 26-28	+43 (0) 2167/2271
	7132	Frauenkirchen, Amtshausgasse 3	+43 (0) 2172/2544
	7151	Wallern, Hauptstraße 11	+43 (0) 2174/2855
	7201	Neudörfel, Hauptstraße 33	+43 (0) 2622/77341
	7210	Mattersburg, Martinsplatz 4	+43 (0) 2626/67570
	7350	Oberpullendorf, Hauptstraße 9	+43 (0) 2612/42193
	7400	Oberwart, Hauptplatz 11, Atrium	+43 (0) 3352/38913
	7400	Oberwart, Dornburggasse 80, LKH	+43 (0) 3352/32841
	7540	Güssing, Hauptplatz 1	+43 (0) 3322/43437
	8380	Jennersdorf, Hauptplatz 15	+43 (0) 3329/45382
Zahlstelle:	7111	Parndorf, Wirtschaftspark, Straße 2	+43 (0) 2166/3663-0

HYPO ALPE-ADRIA-BANK AG

Zentrale:	9020	Klagenfurt, Alpen-Adria-Platz 1	+43 (0) 50202
Filialen:	1010	Wien, Stock-im-Eisen-Platz 3	+43 (0) 50202-6900
	9020	Klagenfurt, Domgasse 5	+43 (0) 50202
	9020	Klagenfurt, Baumbachplatz 2	+43 (0) 50202-6100
	9020	Klagenfurt, Feschnigstraße 17	+43 (0) 50202-6800
	9020	Klagenfurt, LKH	+43 (0) 50202-6850
	9100	Völkermarkt, Hauptplatz 27	+43 (0) 50202-6250
	9300	St. Veit/Glan, Platz am Graben	+43 (0) 50202-6750
	9400	Wolfsberg, Herrengasse 1	+43 (0) 50202-6400
	9400	Wolfsberg, St. Stefaner Straße 8	+43 (0) 50202-5150
	9411	St. Michael 26	+43 (0) 50202-5050
	9412	St. Margarethen 36	+43 (0) 50202-5100
	9413	St. Gertraud 74	+43 (0) 50202-6500
	9461	Prebl 70A	+43 (0) 50202-5000
	9470	St. Paul, Hauptstraße 18	+43 (0) 50202-6450
	9500	Villach, Ossiacher Zeile 9	+43 (0) 50202-6300
	9560	Feldkirchen, Tiebelzentrum, 10.-Oktober-Straße	+43 (0) 50202-6700
	9620	Hermagor, Gasserplatz 1	+43 (0) 50202-6200
	9800	Spittal/Drau, Neuer Platz 19	+43 (0) 50202-6150
	5020	Salzburg, Hellbrunnerstraße 9a	+43 (0) 50202-5200
Repräsentanz:	B-1040	Brüssel, Avenue d'Auderghem 67-3	+32 2 231 1007

MITGLIEDSINSTITUTE

Niederösterreichische Landesbank-Hypothekenbank Aktiengesellschaft

Zentrale.:	3100	St. Pölten, Kremser Gasse 20	+43 (0) 2742/4920
Filialen:	1010	Wien, Wipplingerstraße 2	+43 (0) 1/905 0050
	1014	Wien, Herrngasse 10	+43 (0) 1/533 32 37
	1040	Wien, Operngasse 21	+43 (0) 1/586 55 91
	1060	Wien, Mariahilfer Straße 121	+43 (0) 1/597 32 42
	1090	Wien, Porzellangasse 64	+43 (0) 1/317 74 65
	1140	Wien, Linzer Straße 402	+43 (0) 1/914 56 25
	1210	Wien, Schloßhoferstraße 53	+43 (0) 1/271 86 57
	2070	Retz, Hauptplatz 11	+43 (0) 2942/20 424
	2130	Mistelbach, Franz Josef-Straße 17	+43 (0) 2572/20 402
	2301	Groß-Enzersdorf, Schloßhoferstraße 4	+43 (0) 2249/36 07
	2340	Mödling, Freiheitsplatz 7	+43 (0) 2236/42480
	2340	Mödling, Sr.M.Restituta-Gasse 12	+43 (0) 2236/48 550
	2380	Perchtoldsdorf, Wiener Gasse 27	+43 (0) 1/ 869 04 98
	2500	Baden, Josefsplatz 6	+43 (0) 2252/41 289
	2500	Baden, Schwartzstraße 50	+43 (0) 2252/21 199
	2700	Wr. Neustadt, Corvinusring 3-5	+43 (0) 2622/23 357
	2700	Wr. Neustadt, Adlergasse 3	+43 (0) 2622/284 20
	3100	St. Pölten, Kremser Gasse 20	+43 (0) 2742/4920/1111
	3109	St. Pölten, Landhaus-Boulevard Haus 3/25	+43 (0) 2742/258 020
	3300	Amstetten, Wiener Straße 28	+43 (0) 7472/684 81
	3390	Melk, Jakob-Prandtauer-Straße 9	+43 (0) 2752/52452
	3400	Maria Gugging, Hauptstraße 2	+43 (0) 2243/83238
	3400	Klosterneuburg, Niedermarkt 9-11	+43 (0) 2243/30698
	3430	Tulln, Bahnhofstraße 15	+43 (0) 2272/652 05
	3500	Krems, Mitterweg 10 A	+43 (0) 2732/706 40
	3500	Krems, Obere Landstraße 14	+43 (0) 2732/875 61
	3580	Horn, Kirchenplatz 11	+43 (0) 2982/2970
	3910	Zwettl, Neuer Markt 6	+43 (0) 2822/531 75

Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft

Zentrale:	4010	Linz, Landstraße 38/Rudigierstr. 4	+43 (0) 732/76 39-0
Filialen:	1010	Wien, Wipplingerstraße 30	+43 (0) 1/7969820
	4020	Linz, Huemerstraße 23	+43 (0) 732/77 83 91
	4020	Linz, Bahnhofplatz / Kärntner Straße 16	+43 (0) 732/65 63 90
	4020	Linz, Am Bindermichl 28	+43 (0) 732/34 46 11
	4020	Linz, Eurocenter-Oed/Europastraße	+43 (0) 732/38 12 07
	4020	Linz, Wagner-Jauregg-Weg 15	+43 (0) 732/66 00 03
	4040	Linz, Steg, Pulvermühlstraße 21	+43 (0) 732/25 14 83
	4040	Linz, Magdalena/Griesmayrstraße 19	+43 (0) 732/25 25 24
	4040	Linz, Neues Rathaus/Hauptstraße 1-5	+43 (0) 732/73 11 29
	4400	Steyr, Wehrgrabengasse 18	+43 (0) 7252/74088
	4600	Wels, Kaiser-Josef-Platz 23	+43 (0) 7242/62 8 81
	4780	Schärding, Karl-Gruber-Straße 1	+43 (0) 7712/79 79
	4840	Vöcklabruck, Dr.Anton Bruckner-Straße 15	+43 (0) 7672/22 4 44
	4910	Ried/Innkreis, Stelzhamerplatz 6	+43 (0) 7752/82 9 22

MITGLIEDSINSTITUTE

Zahlstelle:	4150	Rohrbach, Gerberweg 6	+43 (0) 7289/20728
	4400	Steyr, LKH, Sierningerstraße 170	+43 (0) 7252/71174

SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT

Zentrale:	5010	Salzburg, Residenzplatz 7	+43 (0) 662/8046
Filialen:	5020	Salzburg, Petersbrunnstraße 1	+43 (0) 662/8046
	5020	Salzburg, Lindhofstraße 5	+43 (0) 662/431397
	5020	Salzburg, Dreifaltigkeitsgasse 16	+43 (0) 662/877475
	5020	Salzburg, Vogelweiderstraße 55	+43 (0) 662/881238
	5020	Salzburg, Ignaz-Harrer-Straße 79a	+43 (0) 662/430455
	5026	Salzburg, Aignerstraße 4	+43 (0) 662/620411
	5073	Wals-Himmelreich, Bundesstraße 2	+43 (0) 662/854990
	5101	Bergheim, Moosfeldstraße 1	+43 (0) 662/453660
	5110	Oberndorf, Brückenstraße 8	+43 (0) 6272/5161
	5201	Seekirchen, Hauptstraße 12	+43 (0) 6212/7320
	5202	Neumarkt, Hauptstraße 25	+43 (0) 6216/7452
	5340	St. Gilgen, Aberseestraße 8	+43 (0) 6227/7975
	5400	Hallein, Kornsteinplatz 12	+43 (0) 6245/84351
	5431	Kuchl, Markt 57	+43 (0) 6244/7625
	5500	Bischofshofen, Gasteiner Straße 39	+43 (0) 6462/3452
	5541	Altenmarkt, Hauptstraße 40	+43 (0) 6452/6486
	5580	Tamsweg, Postplatz 110	+43 (0) 6474/6900
	5582	St. Michael, Poststraße 6	+43 (0) 6477/8611
	5600	St. Johann, Hauptstraße 16	+43 (0) 6412/8881
	5700	Zell/See, Saalfeldnerstraße 3	+43 (0) 6542/72400
5730	Mittersill, Hintergasse 2	+43 (0) 6562/4431	
5760	Saalfelden, Almerstraße 8	+43 (0) 6582/72644	

Landes-Hypothekenbank Steiermark Aktiengesellschaft

Zentrale:	8011	Graz, Radetzkystraße 15-17	+43 (0) 316/8051-0
Filialen:	8010	Graz, Riesstraße 1	+43 (0) 316/8051-821
	8010	Graz, Paulustorgasse 4	+43 (0) 316/8051-851
	8010	Graz, Plüddemanngasse 96	+43 (0) 316/8051-861
	8020	Graz, Peter Tunner-Gasse 34	+43 (0) 316/8051-831
	8053	Graz, Kärntner Straße 207a	+43 (0) 316/8051-841
	8280	Fürstenfeld, Commendegasse 1	+43 (0) 3382/53230
	8330	Feldbach, Hauptplatz 26	+43 (0) 3152/5012
	8430	Leibnitz, 27. Jännerstraße Nr. 2	+43 (0) 3452/71133
	8530	Deutschlandsberg, Unterer Platz 4	+43 (0) 3462/4340
	8600	Bruck/Mur, Koloman-Wallisch-Platz 22	+43 (0) 3862/51852
	8750	Judenburg, Herrngasse 2	+43 (0) 3572/83580
	8940	Liezen, Hauptstraße 5	+43 (0) 3612/25386
	8970	Schladming, Hauptplatz 29	+43 (0) 3687/23453

MITGLIEDSINSTITUTE

Zahlstellen:	8020	Graz, LKH Graz West, Göstingerstraße 22	+43 (0) 316/8051-808
	8282	Therme Loipersdorf, Loipersdorf 215	+43 (0) 3382/8373
	8330	Feldbach, LKH, Ottokar Kernstock-Str. 18	+43 (0) 3152/5012-794
	8530	Deutschlandsberg, LKH, Radlpasstr. 29	+43 (0) 3462/4340-778

HYPO TIROL BANK AG

Zentrale:	6020	Innsbruck, Meraner Straße 8	+43 (0) 50700-7000
Filialen:	1010	Wien, Renngasse 9	+43 (0) 50700-5200
	2344	Maria Enzersdorf, Südstadtzentrum 24 E	+43 (0) 50700-5700
	6020	Innsbruck, Viktor-Franz-Hess-Straße 1	+43 (0) 50700-1200
	6020	Innsbruck, Hypo-Passage 1	+43 (0) 50700-5400
	6020	Innsbruck, Erzherzog-Eugen-Straße 19	+43 (0) 50700-7200
	6020	Innsbruck, Kaiserjäger Straße 4a	+43 (0) 50700-5600
	6020	Innsbruck, Amraser Straße Nr. 25	+43 (0) 50700-7300
	6020	Innsbruck, Eduard-Bodem-Gasse 6	+43 (0) 50700-5500
	6020	Innsbruck, Innrain 47a	+43 (0) 50700-7100
	6060	Hall, Unterer Stadtplatz 3	+43 (0) 50700-5300
	6063	Rum, Innstraße 46	+43 (0) 50700-1500
	6100	Seefeld, Innsbrucker Straße 25	+43 (0) 50700-5100
	6130	Schwaz, Andreas Hofer Straße 6	+43 (0) 50700-1300
	6166	Fulpmes, Waldraster Straße 2	+43 (0) 50700-7700
	6290	Mayrhofen, Hauptstraße 418	+43 (0) 50700-7400
	6300	Wörgl, Speckbacherstraße 10	+43 (0) 50700-7800
	6330	Kufstein, Oberer Stadtplatz 6	+43 (0) 50700-7500
	6370	Kitzbühel, Bichlstraße 9	+43 (0) 50700-1600
	6380	St. Johann, Speckbacherstraße 29	+43 (0) 50700-7600
	6410	Telfs, Obermarktstraße 2	+43 (0) 50700-1400
	6460	Imst, Rathausstraße 1	+43 (0) 50700-7900
	6500	Landeck, Malsersstraße 11	+43 (0) 50700-1800
	6600	Reutte, Obermarktstraße 18	+43 (0) 50700-1900
	9900	Lienz, Hauptplatz 4	+43 (0) 50700-1700
	I-39031	Bruneck, Graben 32 c	+39 (0) 474 377 377
	I-39042	Brixen, Stadelgasse 12/b	+ 39 (0) 472 979 797
	I-39100	Bozen, Waltherplatz 2	+39 (0) 471 319 319

Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft

Zentrale:	6900	Bregenz, Hypo-Passage 1	+43 (0) 5574 414-0
Filialen:	1010	Wien, Singerstraße 12	+43 (0) 1/513 89 29-0
	6700	Bludenz, Am Postplatz 2	+43 (0) 5552/633 47-0
	6764	Lech, HNr. 138	+43 (0) 5583/25 78-0
	6780	Schruns, Jakob-Stemer-Weg 2	+43 (0) 5556/739 76-0
	6793	Gaschurn, HNr. 6B	+43 (0) 5558/87 22-0
	6800	Feldkirch, Neustadt 23	+43 (0) 5522/736 01-0
	6800	Feldkirch, LKH, Carinagasse 47-49	+43 (0) 5522/787 72-0
	6830	Rankweil, LKH, Valdunastraße 16	+43 (0) 5522/463 51-0
	6830	Rankweil, Ringstraße 11	+43 (0) 5522/453 30-0

MITGLIEDSINSTITUTE

6840	Götzis, Hauptstraße 4	+43 (0) 5523/624 51-0
6845	Hohenems, Bahnhofstr. 19	+43 (0) 5576/737 81-0
6850	Dornbirn, Rathausplatz 6	+43 (0) 5572/246 53-0
6850	Dornbirn, Messestraße 2 (Messepark)	+43 (0) 5572/295 80-0
6863	Egg, HNr. 940, Wälderpark	+43 (0) 5512/21 44-0
6873	Höchst, Hauptstraße 25	+43 (0) 5578/722 72-0
6890	Lustenau, Kaiser-Franz-Josef-Straße 4a	+43 (0) 5577/836 11-0
6900	Bregenz, Römerstraße 2 (GWL)	+43 (0) 5574/458 52-0
6900	Bregenz-Vorkloster, Heldendankstraße 33	+43 (0) 5574/843 30-0
6923	Lauterach, Achpark, Dammstraße 2	+43 (0) 5574/706 00-0
6971	Hard, Landstraße 9	+43 (0) 5574/784 02-0
6991	Riezlern, Walslerstraße 31	+43 (0) 5517/50 01
6993	Mittelberg, Walslerstraße 62	+43 (0) 5517/55 91
8010	Graz, Joanneumring 7	+43 (0) 316/81 64 70-0
	CH-9004 St. Gallen, Bankgasse 1	+41 (0) 71/228 85-00
Private Banking Office:		
4600	Wels, Kaiser-Josef-Platz 48	+43 (0) 7242/21 06 24-0
Repräsentanzen:		
D-86150	Augsburg, Karlstraße 2/I	+49 (0) 821/42 07 96-0

Impressum:

Medieninhaber (Verleger): Verband der österreichischen Landes-Hypothekenbanken.
 Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär Mag. Dietmar Rupar. Alle A-1040 Wien,
 Brucknerstraße 8.